



Ausgrenzung

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Oktober
2007

Inhalt:

Hartz IV - erhebliche Kürzungen bei Schulkindern! von Prof. Rainer Roth	S. 3
Wer arm ist, bleibt dümmer und stirbt früher »Der Zweiklassenstaat«. Aktuelles Sachbuch von Karl Lauterbach von Anna Forstner	S. 5
Wenn sich Armut strukturell verfestigt: Über die (bildungs-)politische Verlogenheit der Armutsdebatte von Brigitte Schumann	S. 7
Das Bayerische Integrationsprogramm: Zur Sprachförderung in Kitas und Grundschulen von Fritz Köbler	S. 9
Nur ein undurchdachtes Konzept? BayKiBiG und Integration von Gottfried Koppold	S. 11
Tarifrunde 2008: Es steht viel auf dem Spiel! Thesen zum Auftakt von Günther Schedel-Gschwendtner	S. 14
Es reicht! Von krankmachenden Gewaltstrukturen zu gesund erhaltenden Notwendigkeiten im deutschen Schulsystem (Teil 2) von Judith Barnickel	S. 16
»Leben heißt immer wieder anfangen, auf die einfachste Art.« (Fred Wander) von Hannes Henjes	S. 20
Ergebnisse der Auswertung der DDS-LeserInnenbefragung von Verena Escherich, Dorothea Weniger und Wolfram Witte	S. 22
Dies und Das	S. 24
Veranstaltungen	S. 26
Glückwünsche und Dank	S. 27
Kontakte	S. 28

Erstattung der vollen Reisekosten für LehrerInnen – vollständige Urteilsgründe liegen nun vor

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat mit Urteil vom 2. August 2007 entschieden, dass verbeamteten LehrerInnen, die an einer Schüler- oder Klassenfahrt teilnehmen, die dafür entstandenen tatsächlichen Aufwendungen nach dem Bayerischen Reisekostengesetz zu erstatten sind. Von LehrerInnen unterzeichnete sog. »Verzichtserklärungen« könnten dem Anspruch auf Ersatz der Auslagen nicht entgegengehalten werden, da dies gegen die Fürsorgepflicht des Dienstherrn verstoße. (Bayer. Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 2. August 2007 Az. 14 B 04.3576) Über <http://www.vgh.bayern.de/BayVGH/20070920.htm> kommt man an das Urteil im Volltext.

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

10 Euro mehr monatlich könnten unter 15-jährige Kinder aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften bekommen. Der Bundesminister für Soziales zog solche Aufstockung in der Haushaltsdebatte des Bundestages in Erwägung. Voraussetzung sei, das Geld würde auch bei den Kindern ankommen und u. a. »preisgünstige und gesunde Ernährung« ermöglichen*. Da fragt man sich: Wie und wo lebt ein Minister, der scheinbar glaubt, 10 Euro monatlich machten den Unterschied zwischen mangelhafter und gesunder Ernährung aus? Rainer Roth, Autor des nebenstehenden Beitrages, hat ausgerechnet, dass die Anhebung des Regelsatzes ab 1. Juli um 2 Euro das Budget, das Kindern für Ernährung zugestanden wird, von 2,27 auf 2,28 Euro pro Tag erhöht.

Den Bundeshaushalt würde die 10-Euro-Aufstockung mit 500 Mio. belasten. 625 Mio. Euro hat die Deutsche Bank lt. Schätzungen gerade mit Risikokrediten verzockt, ohne dass Herr Ackermann glaubt, am diesjährigen Gewinnziel von 8,4 Milliarden Abstriche machen zu müssen – die macht er nur an den 4000 Arbeitsplätzen, die es nun halt nicht geben wird. (SZ, 21.9.07, S. 24)

Karin Just

* s. vorläufiges Plenarprotokoll:

<http://bundestag.de/bic/plenarprotokolle/plenarprotokolle/16112.html>

Folgende Themen sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Tarifrunde 2008 • Umgang mit Kindern in Not • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangsübergreifendes Lernen und jahrgangsübergreifende Klassen • SchülerInnen und Mitbestimmung • Alternativen für die Gesellschaft • Bürgerschaftliches Engagement • Religionen • Gesundheit • Lebenszeit/Arbeitszeit – Arbeitszeitmodelle • Gesundheit.

Kultusministerium beschneidet demokratische Rechte der örtlichen Personalräte

Nachdem einige Urteile von Verwaltungsgerichten den örtlichen Personalräten an beruflichen Schulen eine größere Zahl von Freistellungsstunden für ihre Arbeit zugestanden hatten, hob jetzt das Kultusministerium die zwingende Beteiligung der örtlichen Personalräte an beruflichen Schulen bei Einstellungsverfahren und der Übertragung von Funktionen auf. Diese Beteiligung war auf Bitten des Hauptpersonalrats zustande gekommen, um sachgerechte Entscheidungen in diesen Fragen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Das Ministerium führte diese Änderungen wohl durch, um sich eine bessere Ausgangsposition für künftige Gerichtsverfahren hinsichtlich des Umfangs der Freistellungsstunden der örtlichen Personalräte zu verschaffen. Sachliche Einwände gegen die Beteiligung bringt es nicht vor. Es bleibt aber abzuwarten, ob die Verwaltungsgerichte dieser Argumentation folgen werden, zumal eine nachträgliche Stellungnahme auch nach Meinung des Hauptpersonalrats eher mit mehr Zeitaufwand verbunden sein wird. Die GEW protestiert auf das Schärfste gegen diese Einschränkung der Rechte der örtlichen Personalräte und weist darauf hin, dass eine frühe Beteiligung der örtlichen Personalräte für sachgerechte Entscheidungen bei Einstellung und Beförderungen unabdingbar ist.

Walter Feineis

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Steinach

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates



Weitgehend unbemerkt ist geblieben, dass Hartz IV – bei allem Gerede über den Skandal Kinderarmut – vor allem Schulkindern aus Armutsfamilien massiv angegriffen hat.

Schulskosten: für Hartz-IV-Kinder gestrichen

2004 betrug das Sozialhilfeniveau für ein Schulkind bis zum Alter von 14 Jahren noch 232 Euro (193 Euro Regelsatz plus 20 % dieses Regelsatzes für einmalige Beihilfen, darunter auch Schulkosten). Heute beträgt der Regelsatz inklusive einmalige Beihilfen nur noch 208 Euro, also 24 Euro weniger. Schulkosten können in diesem um mehr als 10 % gekürzten Betrag nicht mehr enthalten sein.

Das geht auch daraus hervor, dass SPD und CDU den Regelsatz von Schulkindern zwischen 7 und 14 Jahren auf das Niveau des Regelsatzes für Säuglinge abgesenkt haben. Säuglinge haben ja bekanntlich noch keine Schulkosten. Kinder zwischen 7 und 14 Jahren bekamen bis Ende 2004 20-30 % mehr als Säuglinge.

Trotzdem verfügt die Bundesregierung über von der Leyens Familienministerium, dass der Grundbedarf für Lehrmittel und Schulbedarfe im Regelsatz enthalten sei und man nur rechtzeitig ansparen bzw. einsparen müsse. »Durch Ansparen oder Verringerung der Ausgaben in einem Bereich können höhere Ausgaben in einem anderen Bereich getätigt werden. Auf diese Weise können ... auch höhere Ausgaben zu Schuljahresbeginn ausgeglichen werden.« (Brief vom 10.04.2007). Das Ministerium für (bürgerliche) Familien sieht keine Probleme.

Nehmen wir an, dass die 1,63 Euro für Schreibwaren im Regelsatz eines Kindes unter 14 Jahren in Schulkosten umgewandelt werden können. Dann müssten die Eltern entweder schon kurz nach der Geburt anfangen, die Einschulungskosten von rund 150 Euro mit 1,63 Euro monatlich anzusparen oder ersatzweise ein paar Monate nur 1 Euro pro Tag auf Essen und Trinken zu verwenden.

Nicht-Anerkennung des Wachstumsbedarfs von Schulkindern unter 14 Jahren

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte streitet eine Bundesregierung ab, dass Schulkindern einen biologisch bedingten Wachstumsbedarf haben. Sie gesteht 14-Jährigen nur genauso viel zu wie Säuglingen. Die Begründung dafür lautet: »Die Einteilung der Altersklassen ›bis unter 14 Jahre‹ ... entspricht international anerkannten wissenschaftlichen Verfahren.«¹ Aber auch Phrasen können nicht verdecken, dass die Lebenshaltungskosten von 13-Jährigen erheblich höher sind als die von Säuglingen.

Eine wissenschaftliche Untersuchung des Statistischen Bundesamts über die Verbrauchsausgaben von Familien hat ergeben, dass auf Kinder von 6 bis 12 Jahren 20 % und auf Kinder ab 12 Jahren 50 % höhere Kosten entfallen als auf Vorschulkindern. Dabei sind in diesen notwendigen Mehrausgaben jeweils die Schulkosten noch gar nicht berück-

¹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Antwort vom 2. Juli 2007 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE BT-Drs. 16/5699, Seite 3

sichtig.² Die Bundesregierung behauptet, sich an diesem Ergebnis zu »orientieren«, obwohl sie es völlig missachtet.³

Hartz IV: Weniger Essen und Trinken für Schulkinder

1987 waren z. B. bei 12-Jährigen noch 2,90 Euro im Regelsatz enthalten. Die Lebensmittelpreise sind seither um 20 % gestiegen. 2004, im letzten Jahr vor Hartz IV, waren noch 2,82 Euro pro Tag für Essen und Trinken übrig geblieben, 2007 sind es nur noch 2,29 Euro. Kindern aus Armutsfamilien werden in starkem Maße Mittel für Essen und Trinken entzogen, erheblich mehr als ihren Eltern.

Die Missachtung der Grundbedürfnisse von Kindern aus Armutsfamilien ist offensichtlich.

Mit den 2,29 Euro, die im Regelsatz eines Kindes von 0 bis 14 Jahren für Essen und Trinken enthalten sind, kann allenfalls der Energiebedarf von Kindern unter drei Jahren in Höhe von rund 1.025 kcal pro Tag noch mit gesunder Ernährung gedeckt werden. Kinder von 7 bis 14 Jahren bräuchten dafür bei ihrem durchschnittlichen Energiebedarf von 2.100 kcal allerdings schon doppelt so viel, nämlich 4,61 Euro.⁴ Kinder zwischen 15 und 18 Jahren bräuchten mindestens 6,06 Euro für eine gesunde Ernährung pro Tag, haben aber nur 3,05 Euro.

Ausschluss vom Mittagessen

Ohnehin schon mangelernährt, können sich Kinder aus Armutsfamilien natürlich auch ein Mittagessen in Ganztagschulen und -einrichtungen nicht leisten.

Dafür sind nur 0,79 Euro pro Tag im Regelsatz vorgesehen bzw. 1,07 Euro bei Kindern zwischen 15 und 18 Jahren. Dass Kinder hungrig in der Schule sitzen, ist vorprogrammiert. Da 2004 etwa 1,1 Mio. Kinder in Ganztageseinrichtungen unterrichtet wurden (heute deutlich mehr), dürfte die Zahl der betroffenen Kinder aus Hartz-IV-Familien bei über 200.000 liegen.

Nicht-Anerkennung des Wachstumsbedarfs bei Heranwachsenden

Kindern von 15 bis 18 Jahren ist das Leistungsniveau mit Hartz IV von 319 Euro (266 Euro Regelsatz plus 53 Euro einmalige Beihilfen) auf 278 Euro noch stärker gekürzt worden als Schulkindern bis 14 Jahre. Auch ihnen werden Schulkosten nicht mehr anerkannt; vor allem auch nicht mehr ihr zusätzlicher naturgegebener Bedarf als Heranwachsende. Ihr Regelsatz ist nämlich zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte von 90 % auf 80 % des Eckregel-

satzes von (jetzt) 347 Euro abgesenkt worden, d. h. auf das Niveau von Erwachsenen.

§ 27 Abs. 2 SGB XII schreibt vor, dass der notwendige Lebensunterhalt bei Kindern und Jugendlichen den durch ihre Entwicklung und ihr Heranwachsen bedingten Bedarf umfassen muss. Aber auch die Gleichsetzung von 14-Jährigen mit Säuglingen und die Gleichsetzung von 15-Jährigen mit 35-Jährigen kann die Bundesregierung nicht von ihrer Propaganda abhalten, sie habe dieser »Vorschrift im Rahmen der Regelsatzbemessung ausreichend Rechnung getragen.«⁵ Der Kaiser kann eben beschließen, die schönsten Kleider zu tragen, auch wenn er nackt ist.

Warum die Kürzungen bei Schulkindern aus Armutsfamilien?

Die Regierungspropaganda bemüht zu Tarnungszwecken die soziale Gerechtigkeit. Schulkinder hätten im Verhältnis zu Vorschulkindern früher zu viel bekommen. Man kürzt bei ihnen, obwohl doch immer wieder seit der PISA-Studie die Förderung der Bildung aller Kinder, besonders der Kinder aus unteren Schichten propagiert wird. Fördern durch Essensentzug?

In der Tat. Die Höhe aller Regelsätze, nicht nur die des Eckregelsatzes, sondern auch die der Kinder, gilt dem Kapital als Fehlanreiz, der die Arbeitsaufnahme der Eltern angeblich verhindert.

Die Vertreter des Kapitals rechnen den Hartz-IV-Bedarf einer Familie mit zwei Kindern in einen monatlichen Bruttolohn und dann in einen Bruttostundenlohn um. Eine vierköpfige Familie hat im Durchschnitt – je nach Alter der Kinder – einen Alg-II-Bedarf zwischen 1.370 Euro und 1.508 Euro. Daraus würde sich bei einer 38,5-Stunden-Woche ein »Stundenlohn« zwischen 12,50 Euro und 14,40 Euro ergeben. So kommen sie zu dem Schluss, dass Erwerbslose mit Kindern mehr Geld fürs »Nichtstun« bekommen als für Lohnarbeit. Je mehr Kinder, desto höher ist der fiktive »Bruttolohn« für die Eltern und desto hemmungsloser wird die ihnen unterstellte Faulheit.

Es sind also letztlich die Kinder, die nach Ansicht der Arbeitgeberverbände die Arbeitslosigkeit erzeugen. Wie kann man da noch kinderfreundlich sein? Daraus folgt, dass der Eckregelsatz von 347 Euro mitsamt der von ihm abgeleiteten Kinderregelsätze gekürzt werden muss. Da die Bundesregierung das aus politischen Gründen nicht konnte, hat sie mit Hartz IV wenigstens die Regelsätze der Schulkinder gesenkt.

Die Rechnung lautet: Je weniger Unterstützung den Eltern und den Kindern zur Verfügung steht, desto stärker wird der »Anreiz« für die Eltern, zu den Armutslöhnen zu arbeiten, die Unternehmen zu zahlen bereit sind.

Die Senkung der Regelsätze für Schulkinder zeigt auch die Interesselosigkeit des Kapitals an der zukünftigen Arbeitskraft der Kinder aus Hartz-IV-Familien. Warum in die-

² Margot Münnich, Thomas Krebs: Ausgaben für Kinder in Deutschland. Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Wirtschaft und Statistik 12/2002, 1080 ff.

³ BMAS, a. a. O., Seite 4

⁴ nach einer aktuellen Untersuchung des Forschungsinstituts für Kinderernährung Dortmund

⁵ BMAS, a.a.O., Seite 4

se Kinder investieren, wenn 2/3 der HauptschülerInnen und die Hälfte der RealschülerInnen keine Chance auf einen Ausbildungsplatz mehr haben und rund 40-50 % eines Jahrgangs in Warteschleifen kreist?

Was zu tun ist

Das Thema Kinderarmut muss auch an Schulen seinen Platz finden. An vielen Orten gibt es Aktivitäten gegen Kinderarmut. Vereinzelt werden die Gelder für die Einschulung von Organisationen oder Kommunen übernommen (z. B. in München 100 Euro). Vereinzelt gibt es Schulfonds, aus denen Lehr- und Lernmittel finanziert werden (z. B. in Oldenburg oder Bochum).

Im Saarland und in Rheinland-Pfalz wurde ein aus Landes- und aus kommunalen Mitteln gespeister Fond gebildet, aus dem Mittagessen bei 1 Euro Eigenanteil der Hartz-IV-Kinder bezuschusst werden. Einige Schulen haben aus Spendenmitteln eigene Fonds für Mittagessen eingerichtet. Frankfurt will einen Zuschuss von 1,50 Euro geben. Das Land Hessen erklärt sich nicht für zuständig.

Klagen bei Sozialgerichten zwecks Übernahme von Schulkosten werden mangels Rechtsgrundlage meist abgelehnt. Bei gutem Willen gibt es allenfalls ein Darlehen, das nicht getilgt zu werden braucht.

Notwendig ist in allen Bundesländern ein Fonds, aus dem

Mittagessen in Schulen mit Ganztagsbetrieb mit einem Beitrag in Höhe der Differenz zwischen 0,79 Euro bzw. 1,07 Euro finanziert wird.

Notwendig ist eine Änderung des SGB II, die einmalige Beihilfen für Schulkosten wieder zulässt. (siehe dazu: www.tacheles-sozialhilfe.de)

Notwendig ist aber vor allem eine Regelsatzerhöhung. Der Eckregelsatz muss, wie der GEW-Hauptvorstand beschlossen hat, auf mindestens 500 Euro angehoben werden. 420 Euro sind zu wenig, weil damit zwar höhere Ausgaben für Verkehrsmittel, Telefon usw. gefördert werden, die Mangelernährung bei Erwachsenen und Kindern aber akzeptiert bleibt. Mit einer Erhöhung auf 500 Euro würden die Regelsätze für Kinder auf 300 bzw. 400 Euro steigen. Angesichts jener Dutzenden von Milliarden Euro, die auf den Finanzmärkten jährlich verwettet werden, wäre dafür nur eine bescheidene Summe notwendig.

von Prof. Rainer Roth

Prof. für Sozialwissenschaften an der FH Frankfurt und Autor der Broschüre »Ein Hartz für Kinder«



»Ein Hartz für Kinder«, Frankfurt April 2007, 34 Seiten, für 1 Euro pro Exemplar plus Porto zu bestellen über: info@klartext-info.de

Wer arm ist, bleibt dümmer und stirbt früher

»Der Zweiklassenstaat«. Aktuelles Sachbuch von Karl Lauterbach

Eigentlich kennt man als politisch interessierter Mensch die Fakten, eigentlich weiß man als Gewerkschaftsmitglied, wie es um Gerechtigkeit in Deutschland bestellt ist. Der Inhalt des Buches »Der Zweiklassenstaat« von MdB Karl Lauterbach hat mich aber dennoch erschreckt. »Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren« heißt es im Untertitel. Das mag zwar manchen sauer aufstoßen, derbere Kost als der Bezug auf den Nationalstaat sind aber die schreienden Ungerechtigkeiten im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei Rente und Pflege, die Lauterbach sehr fundiert darlegt und mit vielen Statistiken illustriert.

Der SPD-Politiker hat sich vor allem im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform einen guten Namen gemacht. Als Mediziner und Gesundheitsökonom hat er in diesem Bereich ein umfangreiches Hintergrundwissen. Dieses Kapitel ist auch das anschaulichste und krasseste in dem Band.

Die Lektüre lässt alle Privatversicherten aufatmen, KrankenkassenpatientInnen dagegen bringt sie dem Herzinfarkt nahe. Kurz zusammengefasst: Obwohl das deutsche Gesundheitswesen das drittteuerste der Welt ist, liefert es nur eine unterdurchschnittliche

Versorgung. Zwar liegt die Lebenserwartung von privat versicherten Männern europaweit am höchsten, die von gesetzlich Versicherten ist dagegen eine der niedrigsten. Die »Chipsletten« (Arztdeutsch) haben so gut wie keinen Zugang zu SpezialistInnen, Herz- und Kreislaufkrankheiten werden bei ihnen weniger häufig oder falsch behandelt, die Todesraten bei Diabetes, Brustkrebs und anderen Erkrankungen sind in Deutschland am höchsten usw.

Organversagen vorprogrammiert

Lauterbach sucht nach den Grundfehlern dieses Systems und stellt heraus,

dass die teure Apparatemedizin und die Versorgung durch SpezialistInnen von einer privilegierten Minderheit von Privatversicherten genutzt werden, aber von der Mehrheit bezahlt werden: »Zweiklassenmedizin« nennt er das folgerichtig.

Lauterbach belegt, dass die Lobbygruppen der privaten Krankenversicherung (PKV), Pharma- und Tabakindustrie und der kassenärztlichen Vereinigung die Eckpunkte der Gesundheitsreform bestimmt haben. Die PatientInnen und die gesetzlichen Krankenkassen haben wenig Einfluss, die Interessen der Mehr-



Foto: imago/Steinach

heit bleiben also außen vor. Am Ende des jeweiligen Kapitels macht der Autor Reformvorschläge, im Bereich der Gesundheitspolitik kämen sie einer Revolution gleich: einheitliche Gebührenordnung für alle PatientInnen, Beteiligung der PKV am Risikostrukturausgleich, stärkere Arzneimittelkontrolle, Veröffentlichung der Qualitätsdaten von Krankenhäusern etc. Der letzte Punkt ist besonders interessant: So gut wie alle Berufsgruppen werden inzwischen »evaluiert«. Bei derjenigen, bei der es um Leben oder Tod geht, trifft das aber nicht zu. Die »Halbgötter in Weiß« haben eben Privilegien – und bei ihnen wurde seinerzeit auch nicht wie jetzt bei den LokführerInnen von Unternehmerseite gefordert, dass man Streiks verbieten müsste!

»Die wahren Rentenlügen«

In diesem Kapitel verfolgt Lauterbach weiter, wie sich Ungerechtigkeit im Alter auswirkt:

Bezeichnenderweise sind in unserem Zweiklassenstaat die Altersbezüge am höchsten für diejenigen mit der höchsten Lebenserwartung, nämlich für die BeamtInnen: Sie können im Alter über 71 Prozent ihres früheren Einkommens erwarten und leben im Durchschnitt noch 14,6 Jahre im Ruhestand ... 45-jährige BeamtInnen erreichen zudem zu 86 Prozent das derzeit noch geltende Renteneintrittsalter von 65 Jahren. ArbeiterInnen gleichen Alters hingegen zu nur 69,8 Prozent (S. 134).

Lauterbach liefert auch die Zahlen zur Rentenhöhe: Bei den BeamtInnen liegt sie derzeit bei durchschnittlich 1992 Euro, bei den gesetzlich Rentenversicherten bei 769 Euro netto, mit sinkender Tendenz, wie die kürzlich veröffentlichten Daten belegen. Bekanntermaßen werden die Pensionen aus Steuermitteln finanziert, sie belasten also nochmals die gesetzlich Versicherten. Lauterbach fasst zusammen: »Hätten die Geringverdiener eine höhere Lebenserwartung, wäre der Beitragssatz nicht zu halten.« (S. 133). Aber das Gesundheitssystem beugt dem ja vor ...

Bildung nur für eine Elite

Als Grundlage all der Ungerechtigkeiten identifiziert Professor Lauterbach das Bildungssystem. Seit PISA sind auch hier die Fakten allgemein bekannt, vor allem dass letztlich im Säuglingsalter angesetzt werden müsste, um die Potenziale aller Kinder auszuschöpfen. Aber gerade hier verteidigten bisher die privilegierten Mütter und Väter, in Bayern angeführt von einem Herrn Stoiber und einer Frau Hohlmeier, die Brut mit Maul und Klauen: Natürlich wird ein AkademikerInnenkind zu Hause höchstwahrscheinlich sehr gut betreut und gefördert, angefangen bei der Berieselung mit klassischer Musik im Mutterleib bis hin zur Hilfe bei der Abfassung von Seminararbeiten. Der Großteil der Eltern kann dem Nachwuchs aber keine solch idealen Ausgangsbedingungen bieten. In fast allen anderen Industrieländern kommt der Staat daher der originären Aufgabe der Förderung des Nachwuchses nach. Lauterbach zitiert eine OECD-Statistik, derzufolge der Anteil der 0-3-Jährigen, die Kindertagesstätten besuchen, in Dänemark bei 80 % liegt, in Deutschland dagegen bei unter 10 %. Er verweist auch auf eine Berliner Studie, wonach 47 % der Kindergarten-



kinder, bei denen Deutsch nicht die Muttersprache ist, bei der Einschulung die Sprache ausreichend gut beherrschen. Bei denjenigen, die zu Hause betreut wurden, sind es nur 28 %.

»Wer a Geid hod, geht aufs Gymnasium, wer koans hod, bleibt (genauso) dumm«

Lauterbach kommt zu dem Schluss: »In dem Ausmaß, in dem der Staat diese klassenbezogenen Unterschiede in der Förderung akzeptiert oder sogar seinerseits befördert, ist er ein Zweiklassenstaat ...« (S. 27). Er belegt anhand von Zahlen des Statistischen Bundesamtes, dass 84 % der AkademikerInnenkinder ein Gymnasium besuchen, dagegen nur 36 % der Kinder aus bildungsfernen Schichten.

Wenn man bedenkt, dass auch Bildung steuerfinanziert ist, dann muss man feststellen, dass die Durchschnitts- und GeringverdienerInnen ein System finanzieren, von dem ihre Kinder kaum profitieren.

Lauterbach argumentiert von dem Standpunkt aus, dass sich der Staat diese Ungerechtigkeit nicht leisten kann. Bei einer sinkenden Geburtenrate genügt es nicht, wenn nur die aktuelle Elite des Landes Zugang zu höherwertiger Bildung hat. Die Privilegierten ruinieren demnach den Standort Deutschland, indem sie kluge ProletarierInnen frühzeitig aus dem Rennen kicken. Lauterbach kritisiert, dass eben nicht Leistung zählt, sondern hauptsächlich die Herkunft. Das ist nichts Neues, aber es wird viel zu selten so deutlich formuliert.

Die Forderungen, die Lauterbach am Ende dieses Kapitels stellt, sind identisch mit GEW-Positionen: Einrichtung von mehr Kita-Plätzen, Einführung der ganztägigen Pflichtvorschule, verpflichtende Sprachförderung, Gemeinschaftsschule, BAföG ja, Studiengebühren nein etc.

Der Autor formuliert: »Wenn nichts passiert, werden wir das Wohlstandsniveau von heute nicht halten können und in einer Gesellschaft leben, die ärmer sein und von den Verlieren abgelehnt werden wird.« (S. 44).

Politikverdrossenheit – kein Wunder!

Die Manifestation von arm und reich von Geburt an ist der Bevölkerung in Deutschland in unterschiedlichem Maße bewusst. Absolut nachvollziehbar ist daher das Phänomen, dass BürgerInnen den Wahlen fern bleiben: Wenn ein ums andere

Mal deutlich wird, dass Politik in erster Linie von finanzkräftigen Lobbyverbänden bestimmt wird, dann sind Wahlen nur ein Feigenblatt für die herrschende Oligarchie. Die Schlüsselaussage Lauterbachs greift diese Verwahrlosung der Demokratie auf: »Der Kampf für Gerechtigkeit, und nicht die Bedienung einer kleinen Klientel von Satierten, ist aber die zentrale Aufgabe der Politik« (S. 192). Wie viele Abgeordnete (und wie viele davon aus der SPD!) würden diesen Satz wohl ruhigen Gewissens unterschreiben?

von Anna Forstner, M.A.

Karl Lauterbach: *Der Zweiklassenstaat. Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren.* 2007. ISBN 978-3-87134-579-1, 14,90 Euro

Wenn sich Armut strukturell verfestigt: Über die (bildungs-)politische Verlogenheit der Armutsdebatte



Foto:
imago/
INSADCO

Die neue Entdeckung der Armutsbevölkerung in Deutschland seitens der Politik nimmt unerträglich bizarre Züge an, wenn z. B. darüber gestritten wird, ob man sie als Unterschicht bezeichnen darf oder nicht. Bizarren ist die entbrannte Debatte auch deshalb, weil diejenigen, die natürlich politisch dazu erheblich beigetragen haben, dass es verschärft Armut in Deutschland gibt, es nicht gewesen sein wollen. Und wieder und wieder werden gebetsmühlenartig Parolen vorgetragen, die wir schon aus der PISA-Diskussion zur Genüge kennen: Dass Bildung der Schlüssel zu der Lösung des Armutsproblems und der gesellschaftlichen Integration sei und dass es keinesfalls hingenommen werden dürfe, dass Bildung und Ausbildung vom Geldbeutel des Vaters abhängen. Man darf fast vermuten, dass unter diesen Vorzeichen das Thema bald ad acta gelegt sein wird, wenn jeder, aber auch wirklich jeder, etwas dazu gesagt hat. Schlimm nur, wenn die Menschen, um die es geht, wiederum allein gelassen werden mit ihren Problemen.

Ausgemustert und abgekoppelt

In welcher Realität leben unsere PolitikerInnen eigentlich? SoziologInnen warnen schon seit Jahren vor der schleichenden Unterschichtung der Gesellschaft und meinen damit, dass zu viele Menschen als Langzeitarbeitslose nicht mehr gesellschaftlich gebraucht werden und sich selbst als überflüssig erfahren, während immer mehr Jugendliche, und nicht nur die mit geringer Bildung, sich als ausgemustert erleben, weil ihnen der reguläre Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verwehrt ist und sie stattdessen in Warteschleifen auf später vertröstet werden. Statt zu handeln, haben unsere PolitikerInnen obendrein dafür gesorgt, dass den vom gesellschaftlichen Leben und von Teilhabe Abgekoppelten durch die »aktivierende« Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beigebracht wird, sie trügen selber Schuld an ihrer Misere. Die Verschärfungen der Hartz-IV-Regelungen orientieren sich immer deutlicher erkennbar an dem Motto: Wer nicht arbeitet, braucht auch nicht essen.

Vererbtes Bildungsprivileg

Ebenfalls nicht neu sind die Erkenntnisse über den strukturell vermittelten Zusammenhang von Sozialschicht und Schulerfolg. Die erfolglosen und gescheiterten HauptschülerInnen kommen aus Familien, die zumeist auch große so-

ziale Probleme haben. Sie wachsen immer häufiger in sozialer, kultureller und materieller Armut auf. Und in der Schule bleiben sie zu ihrem Nachteil unter sich, denn die herkunftsbedingte Benachteiligung der gesamten Schülerschaft wirkt sich nachweislich negativ auf ihren Kompetenzerwerb aus. Wann nimmt die Bildungspolitik endlich zur Kenntnis, dass sie an einem Schulsystem festhält, das aus Armut Bildungsarmut macht und damit die Armutslage verfestigt, während umgekehrt in diesem System sozial privilegierte Kinder den privilegierten Bildungsstatus ihrer Eltern erben dürfen?

Euphemismus Förderschule

Noch krasser zeigt sich der über unser Schulsystem vermittelte Zusammenhang von Armut und Bildungsarmut in den Sonderschulen, heute in fast allen Bundesländern euphemistisch in Förderschulen umbenannt. 90 % der Kinder, die als sog. Lernbehinderte dort unterrichtet werden, kommen aus sozial randständigen Verhältnissen, in denen Armut und Hoffnungslosigkeit zum Alltag gehören. Ihre Abschlüsse sind katastrophal schlecht, die Mehrzahl schafft nicht einmal den einfachen Hauptschulabschluss. Eine Studie von Prof. Wocken aus jüngster Zeit über FörderschülerInnen in Brandenburg hat einen negativen Zusammenhang zwischen der Verweildauer in der Sonderschule und der Intelligenz- und Lernentwicklung der betroffenen SchülerInnen nachgewiesen. Mit anderen Worten: Je früher ein Kind zur Sonderschule überwiesen wird, desto schädlicher für das Kind! Diese Schulen als Förderschulen zu bezeichnen, ist angesichts des Teufelskreises von Armut und Bildungsarmut, in den die SchülerInnen dort geraten, geradezu eine Verhöhnung der VerliererInnen.

Kellerkinder

In anderen Ländern hat man längst aus diesen Erkenntnissen die richtigen Konsequenzen gezogen. Kinder lernen gemeinsam 8, 9 oder 10 Jahre und werden individuell gefördert. Unsere ständisch wirkenden Grenzziehungen im Schulsystem haben sie längst überwunden. Hierzulande wird je-

doch noch geduldet, dass es einen »Bildungskeller« für besonders benachteiligte Kinder gibt, der sich zudem zu einem Getto für MigrantInnen entwickelt hat. Über die Existenz dieses Kellers und dieser Kellerkinder will weder Politik noch Gesellschaft Genaueres wissen. Von allen Qualitätsüberprüfungen des Schulsystems der letzten Jahre waren die Sonderschulen ausgenommen und es ist noch nicht einmal öffentlich aufgefallen. Die Tatsache, dass die o. g. Studie bis heute nicht offiziell vom Bildungsministerium in Brandenburg veröffentlicht worden ist, rundet das Bild ab.

Nichts als Kosmetik

Einigen PolitikerInnen dämmert inzwischen, dass es einen strukturell erzeugten Bildungsnotstand gibt. Sie setzen als Lösung auf die Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen. Diese Bearbeitung des Problems ist rein kosmetisch und wiederum verlogen. Die Kellerkinder bleiben näm-

lich, wo sie sind, während die Kinder der obersten Etage, des Gymnasiums, ihren Platz auf dem privilegierten Sonnendeck behaupten. Armen Kindern bleibt der Zutritt zum Gymnasium quasi verwehrt, dafür sind ihre Chancen auf einen Platz in der Sonderschule umso besser. Artikel 7 des Grundgesetzes stellt ausdrücklich fest, dass das Recht zur Errichtung von Privatschulen an das Verbot gebunden ist, eine Sonderung der SchülerInnen nach den Besitzverhältnissen der Eltern zu fördern. Wann wird dieser Artikel endlich auf die staatlichen Schulen angewendet?

von **Brigitte Schumann**

Bildungsjournalistin
ifenic@aol.com



Die Dissertation von Brigitte Schumann ist 2007 im Verlag Julius Klinkhardt erschienen: »Ich schäme mich ja so!« – Die Sonderschule für Lernbehinderte als »Schonraumfalle«. Dieser Titel ist nur noch im printing-on-demand-Verfahren über den Buchhandel zu beziehen.

Brigitte Schumann (Abstract der o. a. Dissertation)

Die Sonderschule für Lernbehinderte als »Schonraumfalle« – Belastungswahrnehmungen und Bewältigungsverhalten von Schülern und Schülerinnen sowie von Eltern

Obwohl die Sonderschule für Lernbehinderte am krassen zur Verfestigung sozialer Ungleichheit beiträgt und die von ihr institutionell verschuldete Bildungsarmut heute fast eine sichere Garantie für den sozialen Ausschluss aus der Gesellschaft darstellt, wird dieser Sachverhalt politisch und gesellschaftlich tabuisiert. Auch in allen großen Leistungsstudien der jüngsten Zeit wird die Sonderschule für Lernbehinderte nicht in Qualitätsüberprüfungen einbezogen. Dies wird in der vorgelegten Dissertation zum Anlass genommen, in einer nichtrepräsentativen empirischen Studie aus der Perspektive von betroffenen Schülern und Schülerinnen sowie von Eltern nach der Wirkung zu fragen, den der Ausschluss aus dem Regelschulsystem und die Zuweisung des defizitären Sonderschulstatus für die davon Betroffenen haben. Die immer noch gängige pädagogische und bildungspolitische Annahme, im »Schonraum« der Sonderschule gelänge es, bei SchulversagerInnen neues Selbstvertrauen, eine Leistungsmotivation und ein positives Selbstkonzept aufzubauen, wird hinterfragt, eindeutig widerlegt und als Lebenslüge entlarvt. In einem zweistufigen Verfahren wird mit Hilfe von zunächst schriftlichen Befragungen und darauf folgenden Interviews ermittelt, dass in einer Zeit, in der geringe Bildung als persönliches Versagen und Charakterdefizit umgedeutet wird, die Scham über den Sonderschulstatus eine enorme psychosoziale Belastung für die

betroffenen Kinder und Jugendlichen darstellt. Ihre ohnehin geringen Handlungsspielräume und Verwirklichungschancen als Folge ihrer zumeist randständigen gesellschaftlichen Herkunft und/oder ihres ethnischen Minderheitenstatus werden durch ihre soziale Scham zusätzlich verringert.

Es zeigt sich, dass SonderschülerInnen in der Regel aus Angst vor Bloßstellung und Demütigungen ihren SchülerInnenstatus verschweigen bzw. verleugnen. Die belastende Selbstwahrnehmung, in der Deutungsmacht der anderen defizitär, unterlegen und minderwertig zu sein, erschüttert ihr Selbstwertgefühl. Sie fördert Anpassung an negative Fremdtypisierungen bzw. aggressives und deviantes Verhalten aus Schamabwehr. Wird die Scham nicht positiv bewältigt, sondern zu einem chronischen Bestandteil des Selbstkonzeptes, dann ist zusätzlich zu der beschädigten sozialen Identität auch die personale Identität bedroht. Mit der soziologischen Schamtheorie lässt sich der Ausschluss aus dem Regelschulsystem und die Zuweisung des defizitären Status als eine institutionell inszenierte und legitimierte gesellschaftliche Machtausübung erklären, die dafür sorgt, dass in dem sozialen Schamgefühl der Betroffenen über den niedrigen Bildungsstatus ihre gesellschaftliche Ungleichheit auch symbolisch von ihnen selbst reproduziert und legitimiert wird.

Nach den Untersuchungsergebnissen sind

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders belastet, weil sie stärker als Herkunftsdeutsche mit der Scham ihrer Eltern über den Sonderschulbesuch und deren Stigmatisierungsängsten konfrontiert sind. Besonders gefährdet durch die zahlreichen Anerkennungsdefizite sind MigrantInnen, da ihre Männlichkeitsvorstellungen massiv untergraben werden. Angesichts der gesellschaftlichen Stigmatisierung fordern befragte Eltern von MigrantInnen als auch von herkunftsdeutschen SchülerInnen mehrheitlich das Ende der Aussonderung und eine individuelle Förderung in einer Schule für alle Kinder.

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher wissenschaftlicher Theorien und Forschungsansätze und im Vergleich mit anderen europäischen Bildungssystemen wird das Ausmaß an erlittener Benachteiligung, Gefährdung und Beschädigung im deutschen (Sonder-)Schulsystem für Kinder und Jugendliche mit erschwerten Lebenslagen sichtbar gemacht. Es verdichtet sich zum Tatbestand der Verletzung des Menschenrechts auf Bildung und auf Würde. Bildungspolitisch hängt die Realisierung dieser Rechte für alle Kinder in Deutschland von zwei überfälligen strukturellen Grundentscheidungen ab: der Schließung der Sonderschulen und der Einbeziehung der sonderpädagogischen Förderung in eine nichtaussondernde allgemeine Schule für alle Kinder.



Foto: David Ausserhofer

Das Bayerische Integrationsprogramm:

Zur Sprachförderung in Kitas und Grundschulen

Integration ist in Deutschland ein schwieriges Unterfangen. Das hängt u. a. damit zusammen, dass man lange bestritten hat, dass wir ein Einwanderungsland sind. Es hat auch damit zu tun, dass es kein klares Konzept gibt, was Integration sein soll. Auch das seit fast drei Jahren geltende Zuwanderungsgesetz sendet widersprüchliche Signale aus.

Verordnen lässt sich nur, dass sich alle an bestehende Gesetze zu halten haben.

Man kann die Vorteile des Spracherwerbs bewusst machen und man kann im Rahmen der »Pflichtbildung« (Schulpflicht) diesen Erwerb auch verbindlich gestalten. Das setzt entsprechende Angebotsstrukturen voraus, wie sie z. B. in Schweden bestehen.¹

Die Bereitschaft zum Erlernen der neuen Umgebungssprache hängt davon ab, wieweit damit positive Perspektiven in Hinblick auf gesellschaftliche Teilhabe und klare Signale von Akzeptanz geschaffen werden. Solange uns international ein Bildungssystem bescheinigt wird, das MigrantInnenkindern höchst selektiv gegenübertritt, und auf sie ein Arbeitsmarkt wartet, der dies bei Ausbildungen und Arbeitsplätzen fortsetzt, beginnt die Perspektiv- und damit Motivationslosigkeit schon bei Kindern und Jugendlichen.

Sprache und kulturelle Inhalte

Integration wird von vielen in erster Linie auf den Erwerb der deutschen Sprache reduziert, häufig verbunden mit einer unterschwelligen Erwartung nach Zurückdrängen der Herkunftssprache. Dahinter steckt auch die fixe Idee, mit dem Erwerb der Umgebungssprache wäre gelungene Integration gleichsam garantiert. Die jugendlichen MigrantInnen in den

französischen banlieus *und* auch Jugendliche der zweiten und dritten Generation bei uns lehren uns etwas anderes.

Jeder, der sich mit Sprache beschäftigt, weiß, dass es neben phonetischer, semantischer und syntaktischer auch die pragmatische Kodierungsebene gibt. Dahinter verbergen sich, neben anderen Aspekten, auch die kulturell verschiedenen Verständnisebenen.

Eine Person aus einer stark solidarisch, kollektiv geprägten Kultur wird immer etwas anderes unter dem Begriff »Familie«, »Individualität« etc. verstehen als jemand, der von einer absolut individualistischen Kultur geprägt ist.

Der Erwerb der deutschen Sprache als bloß technisches Kommunikationmittel führt nicht automatisch zu mehr Verständnis füreinander und schon gar nicht zu wirklicher Integration. Schwierigkeiten beim Erwerb der deutschen Sprache liegen nicht nur im Aufbau von Wortschatz, Grammatik etc., sondern v. a. im Erwerb der mit der Sprache verbundenen kulturellen Inhalte.

Diese Ebene der Sprache ist nur zu erlernen, wenn im Alltag Situationen und Möglichkeiten – und damit Motivation – angeboten werden, diese kulturellen Gehalte mitzuleren. Zwangsmaßnahmen, die auf formalem, situationsunabhängigem Üben beruhen, können diese integrative Funktion nicht erfüllen.

Sprachförderung in Kitas und Grundschulen

Gegenüber den jetzt beschlossenen Pflicht-Sprachkursen einschließlich »Prüfung« und evtl. Rückstellung lassen sich viele organisatorisch-strukturelle Einwände erheben. Noch immer fehlt eine reale Verzahnung von Elementar- und Grundschulbereich. Das stellt sinnvolle, differenzierte Koordinierung der Sprachkurse in Frage. Die neue Kita-Finanzie-

¹ In einer unserer nächsten Ausgaben berichten KollegInnen aus Erlangen von Ihrem Besuch in schwedischen Schulen.

rung nach Buchungszeiten finanziert die Zusammenarbeit von ErzieherInnen mit Grundschule ja nicht mit. Beide Bereiche sind personell unterbesetzt. Schon jetzt klafft eine Realitätslücke zwischen den Ansprüchen des Bildungs- und Erziehungsplanes und den durch die neue Finanzierung weiter sinkenden personellen Kapazitäten und Qualifikationen. Das Defizit wird durch zusätzliche Aufgaben (Sprachkurse) nicht geringer.

Das Konzept der geplanten Vorkurse führt inhaltlich die Praxis fort, das Prinzip der sprachlich-kulturellen Öffnung in den Bildungseinrichtungen nicht zu nutzen. Sprachförderkonzepte mit Einbezug der Familiensprachen fehlen, die Chancen von Mehrsprachigkeit werden ignoriert. Das Konzept ist diskriminierend, weil es von einer reinen Defizittheorie ausgeht. Sprachliche Kompetenzen, die Kinder anderer Familiensprachen mitbringen, werden nicht gesehen, sondern alleine die Defizite im Bereich deutscher Sprache.

Schlechte Bedingungen

Für die Struktur der Kurse gibt es noch weitere Faktoren, die den Erfolg fraglich machen:

»Die pädagogische Fachkraft organisiert die Sprachförderung integriert im Rahmen des regulären Kindergartenbetriebs.« Praktisch heißt das nicht Förderung durch Alltagsaktivitäten sondern weiterhin Training mit speziellen Gruppen in speziellen Zeiten.

Wie soll das alles personell gewährleistet werden? Zumal, wenn »im Extremfall der Großteil der Kinder förderbedürftig ist«, es also eine ganze Anzahl solcher Gruppen geben soll. Nur hier tauchen auch einmal die förderbedürftigen muttersprachlichen Kinder auf. Sie sind mit ihren Sprachproblemen »Füllmasse« zur Herstellung entsprechender »Gruppen«, auch wenn ihre Schwierigkeiten auf ganz anderer Ebene liegen.

»Die Grundschullehrkraft bildet für die Vorkurse Kleingruppen.« Kinder werden für zwei Stunden in der Woche fremden Personen an einem fremden Ort, die beide in keinem Zusammenhang zu ihrer sonstigen Erlebniswelt stehen, übergeben. Die Selbstsicherheit erhöht das nicht.

Für Kinder im Kindergartenalter ist verbale Sprache generell nicht das Zentrum von Kommunikation. Deswegen gelingt interkulturelle Verständigung in dieser Altersstufe am besten. Sie weisen im Spracherwerb extreme Unterschiede in Sicherheit und Selbstbewusstsein auf. Deshalb wird die vorgesehene Gruppenbildung durch Grundschullehrkräfte noch fragwürdiger.

Eine »Zurückstellung« vor dem Schulstart verbessert die Motivation der Kinder nicht, schreckt eher zusätzlich ab. Hier grüßt der überholte Begriff der »Schulreife«. Neue Konzepte der Schulfähigkeit gehen nicht von »schulfertigen« Kindern sondern einer »kindfähigen« Schule aus.

Die zweifelhafte Funktion des Tests

Die Sprachstandserhebungen sind kritisch zu sehen. Die sprachliche Entwicklung von Kindern im Klein- und Kin-

dergartenalter verläuft sehr unterschiedlich, z. T. auch schubweise. Verschiebungen um eine ganze Entwicklungsphase sind nicht ungewöhnlich. Eine Sprachstandserhebung, die eineinhalb Jahre vor der Einschulung stattfindet, hat deshalb nur eine sehr geringe Aussagekraft.

Der SISMIK ist ein Beobachtungsbogen, kein prognostischer Test, der gesicherte Ergebnisse liefern kann. Solch ein Beobachtungsbogen erscheint generell sinnvoll, um genaue Wahrnehmung an die Stelle vager Gefühle zu setzen. Er bleibt aber zu jedem Zeitpunkt eine Momentaufnahme. Ihn als prognostischen Test für ein halbes Jahr oder gar eineinhalb Jahre im Voraus zur Selektion von Vorkurs-AspirantInnen zu verwenden, ist schlicht pädagogischer Missbrauch und Unsinn.

Sprachwissenschaftliche und entwicklungspsychologische Aspekte nicht berücksichtigt

Das klassische Modell des »Sprachbaums« macht deutlich, dass kindlicher Spracherwerb in Lebensumwelt, Gesellschaft und Kultur wurzelt. Dem wird das Programm nicht gerecht.

Die Wurzeln selbst liegen in der sensu-motorischen Integration. Spracherwerb bei Kindern verlangt also Ganzheitlichkeit in Bezug auf Sinne und Sinnlichkeit. Dazu gehören, neben anderem, Hören, Sehen, Be-Greifen und Bewegung. Wie soll dies in situationsunabhängigen »Trainingsstunden«, gerade im Bereich der »grundschuldidaktischen« Einheiten, gewährleistet werden?

Ein wesentliches Element ist die Sprechfreude und -motivation. Auch hier werden abgehobene Übungskurse keine Impulse setzen können. Kindlicher Spracherwerb und kindliche Sprachausübung hängen sehr stark an der liebevollen Gesamtatmosphäre, der vertrauensvollen Beziehung. Wie sollen diese in Kursen entstehen, in denen die Kinder nach stigmatisierenden Kriterien aus der Gruppe oder gar aus der Einrichtung als ganzer segregiert werden?

Kinder lernen und verwenden Sprache relativ »funktionsbezogen«. Sie sind an Erwerb und Ausweitung sprachlicher Fähigkeiten interessiert, wenn sie feststellen, dass diese ihren Interessen dienen (Neugier, Ausweitung des praktischen Erfahrungshorizonts, bessere Verständigung in konkreten Situationen und mit bestimmten Personen). Ein eher »theoretischer Übungskurs« ist hier kein optimaler Weg. Kinder im Kindergartenalter sind in Hinblick auf Abstraktion nicht sehr weit fortgeschritten. Sie sind in erster Linie an Situation und auch an aktives Handeln gebunden. Auch dies spricht nicht gerade für eher formalisierte Übungseinheiten.

Die besten PädagogInnen für Kinder, das zeigen gerade skandinavische (Vor-)Schulen, sind zunächst andere Kinder: Gleichaltrige und auch die altersinhomogene Mischung von Kindern sind entscheidend. Das gilt auch und gerade für den Spracherwerb.

von Fritz Köbler

Lehrer, Höchststadt/Aisch,

befasst mit Fragen der interkulturellen Kommunikation





Nur ein undurchdachtes Konzept?

BayKiBiG und Integration

Foto: imago/Nicole Woischwill

Zum 01.08.2005 trat das Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) in Kraft, es löste das Bayerische Kindergartengesetz (BayKiG) ab, das seit 1972 in Kraft gewesen war.

Ziele des neuen Gesetzes sollten sein:¹

- Qualitätssicherung durch Marktregulierung und Wettbewerb
- Verzahnung pädagogischer Fachlichkeit mit Marktmechanismen, Belohnung von Qualität, Entwicklung von Leistungsanreizen
- Verwaltungsvereinfachung
- Abbau staatlicher Kontrollen
- leistungsgerechte Förderung, Abbau von Förderungsrechten
- Kostenneutralität
- Übertragbarkeit auf andere Formen der Kinderbetreuung

Zeit für eine erste Bewertung

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, diese Ansprüche im Hinblick auf integrative Kindergärten und die durch das BayKiBiG eingetretenen Veränderungen einer ersten Bewertung zu unterziehen. Hierzu ist zunächst einmal ein Rekurs auf die Bedingungen für integrative Kindergärten vor Inkrafttreten des BayKiBiG notwendig.

Bisher waren zwei verschiedene Formen zu unterscheiden:

■ Einzelintegration:

Hier wurden bis zu zwei behinderte bzw. von Behinderung bedrohte Kinder in bestehende Kiga-Gruppen aufgenommen, und dafür jeweils zwei bis drei Plätze reduziert. Mit Mitteln des Bezirks (»Entgelten«) sollten u. a. die fehlenden Elternbeiträge und die Kosten eines in seinem Umfang vorgeschriebenen nicht-medizinischen Fachdienstes ersetzt werden.

■ Integrationsgruppen/Integrative Kindergärten:

Hier wurden bei mindestens drei, maximal fünf Kindern mit (drohenden) Behinderungen die Gruppenstärke auf 15 Kinder reduziert, eine pädagogische Zusatzkraft beschäftigt und Fachdienste engagiert. Entweder die Zusatzkraft oder eine Fachkraft sollte eine heilpädagogische Zusatzqualifikation besitzen. Auch hier wurde mit dem zuständigen Bezirk ein Entgelt vereinbart, die zusätzliche dritte Kraft wurde nach dem BayKiG mit 80 % bezuschusst.

Möglich wurde die zusätzliche Finanzierung durch das BayKiG, das den Begriff des integrativen Kindergartens nicht kannte, dadurch, dass Kindergärten, die integrative Gruppen anboten, als Kindergärten mit besonderem Charakter bezeichnet wurden. Behinderungsbedingte Mehrkosten, die durch das BayKiG nicht abgedeckt waren (Fachdienste, ausfallende Elternbeiträge durch Gruppenreduzierung, zusätzliche Sach- und Verwaltungskosten etc.), erstatteten die Bezirke durch so genannte Entgelte, die

¹ Quelle: <http://www.iska-nuernberg.de/kita-bayern/i04.htm>

– zumindest theoretisch – eine leistungsgerechte Vergütung darstellten. Basis der Finanzierung war dabei immer die Gruppe mit einer vorgegebenen begrenzten Kinderzahl und einem entsprechenden vorgeschriebenen und auf die Gruppe bezogenen Personalschlüssel.

Wenngleich dieses System seine Schwächen hatte und von Bezirk zu Bezirk unterschiedliche Entgelte nach uneinheitlichen Verfahren gezahlt wurden, so war dieses System an sich weitgehendst sozial verträglich.

Was hat sich nun geändert, seit das BayKiBiG für alle Kindergärten seit spätestens 01.09.2006 Anwendung findet?

Integration wird endlich anerkannt ...

Zunächst einmal ist positiv festzuhalten, dass Integration als Begriff und Arbeitsform Eingang in das neue Gesetz gefunden hat. Ziel des neuen BayKiBiG ist es nach Art 2 und 11, die Integration von Kindern mit (drohender) Behinderung generell zu fördern, jede Einrichtung soll integrativ arbeiten, das Personal hat die »besonderen Bedürfnisse von Kindern mit ... (drohender) ... Behinderung bei seiner pädagogischen Arbeit zu berücksichtigen.« Eine integrative Tageseinrichtung liegt ab drei Kindern mit (drohender) Behinderung vor und kann bis zu einem Drittel solcher Kinder aufnehmen. Der Unterschied zwischen Einzel- und Gruppenintegration fällt damit weg.

Grund hierfür ist, dass das BayKiBiG Gruppen weder als pädagogisches Prinzip noch als Bezugsgröße für die Finanzierung kennt. Nicht mehr die – in integrativen Kindergärten reduzierte – Gruppe ist Grundlage der Finanzierung, sondern das einzelne Kind, seine Buchungszeiten sowie bestimmte individuelle Merkmale wie (drohende) Behinderung, Alter, Migrationshintergrund etc. Diese die pädagogische Arbeit erschwerenden Merkmale führen zu einer höheren staatlichen und kommunalen Förderung und finden ihren Ausdruck in so genannten Faktoren.

Dieser Faktor beträgt nach Art. 21 Abs. 5 für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder 4,5; das heißt, der Kindergartenträger erhält für diese Kinder, sofern ein Eingliederungsbedarf durch das zuständige Sozialamt festgestellt wurde, den 4,5-fachen Fördersatz. Dieser kann, sofern die betroffene Gemeinde ihr Einvernehmen erteilt, auch noch erhöht werden.

... und gleichzeitig wieder eingeschränkt

Wenngleich das BayKiBiG diesen erhöhten Faktor allen Kindern zubilligt, bei denen eine wesentliche (drohende) Behinderung im Sinne des § 53 SGB XII vorliegt, hat das zuständige Ministerium in einem – rechtlich allerdings unverbindlichen – »Newsletter« dargelegt, dass dieser Faktor für Kinder, die Frühfördermaßnahmen erhalten und damit eben auch zum Personenkreis des § 53 SGB XII gehören, in der Regel keine Anwendung findet. Begründung: Der in Art. 21 Abs. 5 BayKiBiG als Voraussetzung genannte »erhöhte Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufwand« sei

bei diesen Kindern nicht automatisch gegeben.

An dieser Stelle sei dann aber die Frage erlaubt, mit welcher Begründung dann die für Frühförderung zuständigen Sozialämter einen Frühförderbedarf feststellen und worin dieser dann besteht, wenn nicht eben gerade in einem solchen erhöhten Aufwand. Hintergrund dieser Einschränkung dürfte wohl sein, dass der Gesetzgeber an diese Kinder nicht gedacht hat und jetzt eine »Inflation« des Faktors 4,5 befürchtet.

Die Faktor-Falle

Wie wirkt sich nun dieser Faktor 4,5 aus? Der Kindergartenträger erhält für Kinder mit (drohender) wesentlicher Behinderung zwar diesen erhöhten Satz, er muss dafür aber auch in gleichem Umfang zusätzliches Personal einstellen. Für ein behindertes Kind erhält der Träger also 4,5 mal soviel Zuschuss wie für ein so genanntes Regelkind, er muss aber auch 4,5 mal soviel Personal vorhalten. Anders ausgedrückt: Ein behindertes Kind nimmt 4,5 Plätze ein. Da die Eltern eines behinderten Kindes aber nur *einen* Elternbeitrag bezahlen, gehen dem Träger 3,5 Elternbeiträge ab.

Rechnet man diese ausfallenden Elternbeiträge auf ein Kindergartenjahr hoch, so kommen schnell 3000 bis 4000 Euro zusammen, je nach Buchungszeit. Bei 215 Berechnungstagen im Jahr, wie sie in den Entgeltvereinbarungen ausgewiesen sind, bedeutet dies für den Träger einen Verlust von ca. 14 bis 19 Euro pro behindertem Kind und Tag.

Einen gewissen »Ausgleich« schafft das BayKiBiG – zynisch gesprochen – dadurch, dass für den erhöhten Personalbedarf (billigere) Ergänzungskräfte ausreichend sind. Grundlage ist § 17 Abs. 2 AV BayKiBiG. Während früher für drei bis fünf behinderte Kinder in einer Gruppe eine zusätzliche Fachkraft vorgeschrieben war, reichen jetzt für den erhöhten Förder-, Betreuungs- und Pflegebedarf Ergänzungskräfte aus!

Aber nicht nur der Verlust durch ausfallende Elternbeiträge macht dem Träger Probleme: Scheidet z. B. ein behindertes Kind im Laufe des Jahres aus und der Platz kann nicht unmittelbar gleichwertig belegt werden, so trifft den Träger ein hohes finanzielles Risiko, das er in der Regel nur personell ausgleichen kann. Befristete und in der Arbeitszeit variable Arbeitsverträge sind die unausweichliche Folge.

Ein weiteres Problem stellen die Fachdienste dar. Während beispielsweise der Bezirk Oberbayern in der Vergangenheit für Kinder mit (drohender) Behinderung 88 Fachdienststunden pro Jahr vorschrieb und hierfür in der Regel die geltenden Frühfördersätze erstattete (ca. 45 bis 55 Euro), reduziert er jetzt die Anzahl der Fachdienststunden auf 50 und die Stundensätze auf 40 Euro. Die an Zynismus nicht mehr zu überbietende Begründung: »Hintergrund dieser Neuregelung ist, dass jedem Kind in Bayern die gleichen Startchancen ermöglicht werden sollen, was allerdings in Oberbayern dazu führte, dass der bisherige Umfang der För-

derung auf ein bayernweit einheitliches Niveau von 50 Stunden jährlich je Integrationskind angepasst werden musste.²

Da der Bezirk Schwaben mittlerweile nur noch 35 Stunden ansetzt, wird man mit einer weiteren Absenkung der Fachdienststunden rechnen können. Chancengleichheit auf unterstem Niveau!

Anzumerken ist, dass Kinder in der Frühförderung, die ja angeblich keinen erhöhten Förder- und Betreuungsaufwand im Sinne des BayKiBiG haben (siehe oben), pro Jahr bis zu 76 Fachdienststunden erhalten können.

Also doch: ein Sparprogramm

Ein weiteres Problem ergibt sich durch den neuen Rahmenvertrag für die bayerischen Frühfördererinnenrichtungen, der seit 01.08.2006 in Kraft ist.

Aufgrund dieses Vertrages können die medizinischen Leistungen in Zukunft dann nicht mehr von der Frühförderung erbracht werden, wenn nicht auch gleichzeitig pädagogische Leistungen im Rahmen der Frühförderung stattfinden. Heilpädagogische Leistungen im Kindergarten werden dabei nicht als Frühförderleistungen anerkannt. Auch niedergelassene TherapeutInnen können diese Aufgaben nicht übernehmen, da sie nicht im Kindergarten tätig werden dürfen.

Eine Lösung bestünde darin, dass die Kinder ergänzend zur heilpädagogischen Förderung im Integrationskindergarten heilpädagogische Förderung in geringem Umfang in der Frühförderung erhalten, was nach Aussage des Bezirks (auch aufgrund gekürzter heilpädagogischer Leistungen im Kindergarten), der Wohlfahrtsverbände und auch des Landkreisverbandes durchaus möglich ist.

Seitens mehrerer örtlicher Sozialämter werden jedoch Frühförderanträge für Kinder auf integrativen Kindergartenplätzen abgelehnt.

Die Folge ist, dass viele Kinder auf Integrationsplätzen in Zukunft keine medizinische Versorgung mehr im Kindergarten erhalten können. Die Eltern müssen diese Förderung in Zukunft selbst organisieren, was für sie einen erheblichen organisatorischen und zeitlichen Aufwand bedeutet. Der Aufwand ist dabei umso größer, je weiter die Eltern von größeren Orten entfernt wohnen, da die entsprechenden TherapeutInnen nur dort praktizieren.

Ein Beispiel:

Ein Kind in XY erhielt bis Ende 08/2006 im gemeindlichen Integrationskindergarten 88 Einheiten Heilpädagogik jährlich durch den Fachdienst der Frühförderstelle sowie



Foto: imago/Rubra

zusätzlich je einmal pro Woche Logopädie und Physiotherapie.

Heilpädagogik wurde durch den Bezirk im Rahmen der Entgelte erstattet, die medizinischen Leistungen durch die Krankenkasse.

Seit 09/2006 bezahlt der Bezirk nur noch 50 Einheiten Heilpädagogik zu einem um ca. 30 % niedrigeren Entgelt, die Krankenkassen bezahlen keine Leistungen mehr, da die Heilpädagogik nicht im Rahmen der Frühförderung stattfindet. Folge: Eltern müssen zu verschiedenen TherapeutInnen in die 20 Kilometer entfernte Stadt A fahren.

Eine Behandlung im Kindergarten wäre dann weiter möglich, wenn die örtliche Sozialhilfe zusätzlich zum Kindergarten heilpädagogische Maßnahmen im Rahmen der Frühförderung genehmigen würde (ein geringer Umfang ist ausreichend, z. B. eine Einheit pro Monat). Gegen ein solches Vorgehen bestünden auch seitens des Landkreisverbandes und des Bezirks keine Bedenken. Solange

jedoch der örtliche Sozialhilfeträger pädagogische Frühfördermaßnahmen verweigert, sind medizinische Leistungen im Kindergarten nicht möglich.

Resümee

Bezogen auf die eingangs erwähnten Zielvorgaben des BayKiBiG lassen sich folgende Feststellungen treffen:

- Die Qualität in integrativen Kindergärten wird durch Reduzierung von Fachdienststunden, Entgeltsätzen und fachlichen Anforderungen erheblich verschlechtert.
- Eine Verzahnung pädagogischer Fachlichkeit mit Marktmechanismen hat auf keiner Ebene stattgefunden, im Gegenteil: Die zunehmende Regulierung durch staatliche Institutionen und Krankenkassen schreitet weiter fort und degradiert die Träger zunehmend zu Subunternehmern des Staates und der Krankenkassen.
- Der Verwaltungsaufwand hat sich für alle Beteiligten mehr als verdoppelt, Förderungsgerechtigkeiten wurden nur punktuell abgebaut, neue Förderungsgerechtigkeiten sind entstanden.

Das einzige Ziel, das mit dem BayKiBiG wohl erreicht worden ist, ist die Kostenneutralität. Dies aber auch nur dann, wenn man die mit dem BayKiBiG erfolgte Ausweitung der Arbeitsfelder außer Betracht lässt.

von Gottfried Koppold

Diplom-Pädagoge (Univ.)
seit 1979 Geschäftsführer der
Kinderhilfe im Landkreis Weilheim-Schongau gGmbH



² Schreiben des Bezirks Oberbayern vom 08.12.2006 an die Landräte

Tarifrunde 2008: Es steht viel auf dem Spiel!

Thesen zum Auftakt

1) Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Bund/Länder/Kommunen/Freie Träger) haben seit der letzten Tariflohnerhöhung 2003 außerordentliche Opfer gebracht.

Zur Sanierung der öffentlichen Haushalte wurden für fünf Jahre lediglich Einmalzahlungen vereinbart, die nicht einmal den Reallohn sichern konnten. Darüber hinaus haben Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung und Personalabbau die Betriebe radikal verändert. Outsourcing, Leiharbeit und die entwürdigenden 1-Euro-Jobs schlugen auch in diesem Bereich Breschen in die Tariflandschaft. Das gedrosselte Lohnniveau, verbunden mit den seit Oktober 2005 meist billigeren Neueingestellten, hat wirtschaftlich und sozialpolitisch nur negative Auswirkungen. U. a. wurden die Sozialversicherungen (besonders Kranken- und Rentenversicherung) durch Beitragseinbußen belastet, was aber ins politisch gewollte Konzept des Leistungsabbaus (»Reformen«, Agenda 2010) passte.

2) Höhere Einkommen und eine Arbeitszeit unter 39 Stunden sind notwendig, sinnvoll und gerecht.

Die gute Konjunktur lässt seit Monaten auch bei den Kommunen die Steuereinnahmen sprudeln. Um den wirtschaftlichen Aufschwung ökonomisch sinnvoll abzustützen, bedarf es aber auch einer Steigerung der privaten Einkommen. Denn der Aufschwung ist bei Weitem nicht bei allen angekommen. Zwar bringen die Senkung des Steuerspitzenatzes auf 42 % und die Unternehmenssteuerreform enorme Geschenke für die BezieherInnen höchster Einkommen. Ohne aktiv umverteilende Tarifpolitik aber reißt die Schere zu den anderen Einkommensgruppen noch weiter auf. Höhere Einkommen bei gleichbleibender Arbeitszeit sind ein erster Schritt, diese Schieflage zu korrigieren. Dabei sollte tarifpolitisch sichergestellt werden, dass reale Einkommenszuwächse besonders den am schlechtesten gestellten Tarifgruppen zugutekommen.

3) Zersplitterung und Widersprüche im TVöD überwinden!

Spätestens seit Oktober 2005 gibt es keine einheitliche Tarifentwicklung im öffentlichen Bereich mehr. Kommunen, Bund und Länder verhandeln jeweils nur noch für sich und haben v. a. hinsichtlich der Arbeitszeit erfolgreich gewerkschaftliche Positionen (38,5-Stunden-Woche für alle) torpediert.

Die im Länderbereich zugestandene Lohnerhöhung um 2,9 % ab Januar 2008 wurde mit einer Arbeitszeitverlängerung von 4 % (40,1-Stunden-Woche in Bayern) teuer erkaufte.

Im kommunalen Bereich gilt es, ein derartiges Ergebnis zu verhindern.

Denn Arbeitszeitverlängerung bedeutet stets Personalabbau bei tariflich bezahlten Kräften, es sei denn, die Nachfrage in den Einrichtungen würde sich erhöhen oder deren Personaldecke wäre bereits zu dünn – von den persönlichen Auswirkungen längerer Arbeitszeit auf die Einzelnen ganz zu schweigen. Die Absichten der Arbeitgeber aber sind auch hier eindeutig: Sie wollen Lohnerhöhung an längere Arbeitszeit koppeln und so möglichst kostenneutral halten.

Die 2005 in Eile ausgehandelten Tarifverträge TVÜ und TVöD haben bezüglich der Eingruppierung eine Tariflücke gelassen, die ursprünglich bis Oktober 2007 durch eine neue Vereinbarung geschlossen werden sollte. Nun zeichnet sich ab, dass dieser Zeitrahmen für ein solch komplexes Thema viel zu eng bemessen war, so dass eine Einigung darüber erst in ferner Zukunft zu erwarten ist. Daraus ziehen allerdings die Arbeitgeber enormen Profit, können sie doch in der Übergangszeit die Kosten der früheren Höhergruppierungen und anderer tariflicher Zulagen sparen – während gleichzeitig Lebensaltersstufen-Erhöhungen und famili-

enabhängige Ortszuschläge weggefallen sind. Es droht sogar die Gefahr, dass die vorübergehend im TVÜ geregelte Eingruppierung durch Kündigung der Arbeitgeber fällt – ohne dass eine sog. Rückfallklausel die Rückkehr zum Status quo ermöglicht.

Dringenden Änderungsbedarf gibt es bei der Regelung zur Anrechnung von Berufsjahren – ein weiterer Beleg dafür, dass der TvöD alles andere als optimal ausgehandelt worden ist. Dass bei Trägerwechsel bzw. bei Neueinstellung von den realen Berufsjahren bisher nur ein Jahr angerechnet werden muss (ab 2009 dann drei Jahre), führt zu dem grotesken Sachverhalt, dass sich der neue Arbeitgeber jahrzehntelange Berufserfahrung bei einem Stellenwechsel quasi zum Nulltarif angeeignet



Faxen dicke hatte kürzlich Wolfgang Nördlinger, Vorsitzender der Fachgruppe Sozialpädagogik der GEW Bayern – hier unschwer als Besitzer eines entsprechenden Faxgerätes auszumachen. 5,60 m Fax mit berechtigten Forderungen Münchener Erzieherinnen zur Bezahlung und zu besseren Arbeitsbedingungen.

kann. Dies führt für die jeweiligen Beschäftigten zu Einkommensverlusten von bis zu 1000 Euro im Monat.

Mit dem 2007 neu eingeführten Leistungsentgelt, für das 1 % der Bruttolohnsumme zurückgehalten wird, haben die Tarifparteien einen weiteren – betrieblichen – Verteilungskampfplatz abgesteckt, auf dem sich Personal- und Betriebsräte dauerhaft beschäftigen könnten. Nachdem die kommunalen Arbeitgeber dieses Instrument inzwischen eher lustlos handhaben, muss ein weiteres Ansteigen des Leistungsanteils (bis zu 8 % der Bruttolohnsumme waren dafür vorgesehen) dringend verhindert werden. Die Rückumwandlung dieser besonders in pädagogischen Betrieben kontraproduktiven Leistungsprämie in einen normalen Lohnbestandteil wäre ein Segen.

Tarifforderungen 2008

Zum Ende 2007 sind im Bereich TVöD kündbar:

Arbeitszeit (auch schon vorher), Tabellenlöhne, Eingruppierung, TVÜ, Urlaub, Ausgleich für Sonderformen der Arbeit und die Zusatzversicherung (ATV).

Die Diskussion über sinnvolle, notwendige und Solidarität stiftende Tarifforderungen muss in der GEW jetzt verstärkt und gut koordiniert werden. Auch hier sind wir gefordert, unseren Beitrag eigenständig, aber in steter Kommunikation mit ver.di zu leisten.

Folgende Forderungen werden bereits innerhalb der GEW diskutiert:

- Arbeitszeit auf 38,5 Stunden halten, Arbeitsverdichtung abbauen, dabei Vor- und Nachbereitungszeiten für PädagogInnen tarifieren
- Festgeld bzw. Sockel statt lineare Tabellenlohnerhöhung, Volumen mindestens 6 %
- Rückfallklausel (Entgeltordnung)
- Leistungsentgelt bei 1 % stoppen oder zusätzliche Lohnerhöhung
- Berufserfahrungsjahre voll anrechnen
- Volle Schichtzulage für Teilzeitbeschäftigte
- Stufe 1 der Tabellenlöhne abschaffen
- Ausbildungsvergütung für ErzieherpraktikantInnen (Vorpraktikum)

Für eine aktive Rolle der GEW Bayern

Tariflich haben wir in letzter Zeit deutlich an Erfahrung und Erfolg zugelegt. Gerade angesichts der sehr guten Kooperation von ver.di und GEW in Bayern ist es notwendig und vernünftig, die eigenen Ressourcen zu mobilisieren bzw. weiter auszubauen. Denn dies macht uns erst zu einer echten und verlässlichen Bündnispartnerin, die die Lehren aus dem Tarifkonflikt mit den Ländern im Jahr 2006 gezogen hat, z. B., indem wir u. a. die Tarifarbeit bei angestellten Lehrkräften, Hochschule und Forschung verstärkt wahrnehmen.

Am wichtigsten ist, dass die Tariffdiskussion vor dem Beginn des Konfliktes auch bei uns in Gang kommt und zum Anliegen der gesamten Organisation wird.

Dazu wird die GEW Bayern im Herbst 2007 mehrere regionale Tarifkonferenzen durchführen, auf denen wir als GEWlerInnen unsere Forderungen für die Tarifrunde 2008 beraten und aufstellen. Dabei kommt es darauf an, einerseits die unmittelbar Tarifgebundenen anzusprechen, aber auch die mittelbar Betroffenen (Haustarifbereiche, einzelvertragliche Anwender des TVöD) mit einzubinden.

Schulungen zu Tarifarbeit und Arbeitskampsrecht werden ab Herbst 2007 auch von der GEW-Bundesebene angeboten, die auch entsprechendes Material für dezentrale Aktivitäten bereitstellt.

Inhaltlich sollte sich die GEW, neben den Forderungen nach einer Gehaltserhöhung, auf die Aspekte der Arbeitszeit unter 39 Stunden und der Rückfallklausel für die Eingruppierung konzentrieren; besonders die Gruppe der neu Eingestellten muss ein Tabellenentgelt erhalten, in dem die weggefallenen Aufstiege berücksichtigt sind.

Tarifbeschäftigte der GEW Bayern im TVöD, beteiligt Euch an der Diskussion und den gewerkschaftlichen Aktivitäten, denn diese kommende Tarifrunde wird so oder so eine Entscheidung

- über die Verteilung von Armut und Reichtum im öffentlichen Dienst,
- über den Wert der Berufsausbildung und Berufstätigkeit auch im pädagogischen Bereich und
- über unsere gewerkschaftliche Gegenmacht im öffentlichen Sektor bringen.



von Günther Schedel-Gschwendtner

Vorankündigung und Einladung zur Klausur der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe

von Fr., 9.11. 17.00 Uhr bis Sa., 10.11. 17.00 Uhr

Wir werden das Rad nicht neu erfinden, sondern uns zusammensetzen und die Fach- und Organisationskompetenz des Kollegen Karl-Heinz Paulsen vom GEW-Landesverband Baden-Württemberg nutzen. Wir wollen mit ihm Strategien entwickeln, um unsere Durchsetzungskraft auch im Hinblick auf die anstehende Tarifrunde 2008 zu stärken. Unser Treffen ist offen für alle sozialpädagogischen Mitglieder, die sich einmischen und mitgestalten wollen, anstatt zu lamentieren. Fahrt- und Übernachtungskosten übernimmt die GEW Bayern. Wenn wir besser und effektiver aufgestellt sind, können wir auch mehr erreichen und unsere Arbeitssituation und Eingruppierung mehr als bisher mitgestalten. Unser Tagungsort und der genaue Verlauf stehen noch nicht fest, werden aber vom Organisationsteam festgelegt und veröffentlicht.

Wir freuen uns auf Euer Interesse und über Eure Mitarbeit

Bei weiteren Fragen und Interesse wendet Euch bitte an:
Sozialpädagogisches Büro, Tel. 09 11/28 92 04, GEW_SozPaed@t-online.de
Günther Mitteregger, Tel. 0 92 84/61 40, mg@bayern.gew.de
Wolfgang Nördlinger, 08 41/7 42 13, WolfgangNoerdlinger@t-online.de

Es reicht!

Von krankmachenden Gewaltstrukturen zu gesund erhaltenden Notwendigkeiten im deutschen Schulsystem (Teil 2)

Nach der Bestandsaufnahme zu den krankmachenden Belastungen (in der letzten DDS) stellt sich die Frage: Wie schaffe ich es als Lehrerin oder Lehrer, mit diesen zunehmenden Belastungen umzugehen, ohne dass die Gesundheit darunter leidet?

Da die Belastungen einen starken Angriff auf die Gesundheit bedeuten und eine massive Grenzüberschreitung darstellen, ist es nötig, eine Veränderung herbeizuführen.

Ein starker Angriff ist eine Form der Gewalt und zu deren Abwehr gelten die Regeln der Grenzsetzungen und der Selbstverteidigung.

Nachdem der Arbeitgeber hier seine Schutzfunktion und Fürsorgepflicht nicht oder nicht ausreichend wahrnimmt, bleibt den Lehrerinnen und Lehrern nichts anderes übrig, als selbst fürs eigene Wohlergehen zu sorgen.

Da es in vielen Fällen vor allem um das Austesten von Machtstrukturen geht, empfehlen die neuesten polizeilichen Untersuchungen zur Gewaltprävention¹:

- frühzeitiges Wahrnehmen
 - klares Handeln
 - eindeutiges Grenzen Setzen
 - Zivilcourage lernen und zeigen
- Damit könnten Übergriffe zu 60 % gestoppt werden.

Auch Marie-France Hirigoyen sieht als Auswege aus der psychischen Gewalt am Arbeitsplatz:²

- Probleme wahrnehmen, benennen, lösen
- Verantwortung und Schuld abgeben
- Strukturierung der Arbeit und des Umfelds
- Ordnungsrahmen erstellen
- Aggressoren mit Hilfe des Rechts stoppen
- Zurückweisen, was gegen die eigene Gesundheit verstößt
- Stärkung der seelischen, psychischen und körperlichen Struktur
- Kommunikation mit Menschen, welche die eigene Wahrnehmung unterstützen
- Achtung und Respekt leben, erwarten und einfordern

Margarete Mitscherlich sieht Lösungsansätze zur Rollenproblematik³ in:


- Konfliktbereitschaft
- Übernahme der Verantwortung für die eigenen Bedürfnisse
- Selbstständigkeit im Denken und Handeln

¹ Christian Pfeifer, Polizeistudie 1996, Hannover

² Marie-France Hirigoyen, »Die Masken der Niedertracht«. Gewalt am Arbeitsplatz, Dt. Taschenbuchverlag, 2002

³ Margarete Mitscherlich, »Über die Mühsal der Emanzipation«, Fischer Verlag, 1994

Foto: imago/imagebroker/begsteiger



In einer Dokumentation über mutige Frauen im Schulalltag wurden von mir bereits auf diesen Grundlagen basierende konkrete Handlungsmöglichkeiten und deren theoretische Einordnung gegen alltägliche Gewalt in der Schule vorgestellt⁴.

Aktives Grenzen Setzen im Schulalltag

Basierend auf den Erfahrungen aus meinen Fortbildungen als Referentin zu dieser Thematik stelle ich im Folgenden aktive Beispiele zum Umgang mit grenzüberschreitenden Schülerinnen und Schülern, Eltern und Vorgesetzten vor.

Ziel der Handlungen ist ein selbstbewusstes, situationsangemessenes und professionelles Agieren und Reagieren bei bewussten oder unbewussten Grenzüberschreitungen.

Mit selbstbewusstem Handeln ist gemeint, dass die auftauchenden Fragen – Darf ich mich so verhalten? Bin ich hier im Recht? Steht mir das zu? Verhalte ich mich zu dominant oder autoritär? – zwar in einer Auseinandersetzung mit der Thematik bedacht werden können, aber nicht zu einer Handlungsblockade führen dürfen.

Situationsangemessen heißt, die grenzüberschreitenden Verhaltensweisen rechtzeitig zu stoppen, damit keine Überreaktionen durch Aggressionsstau entstehen können.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass eine Grenzsetzung mit körperlichem Einsatz und Berührungen auf alle Fälle unterbleiben muss. Deeskalation ist Aufgabe der pädagogisch professionell handelnden Menschen, denn

⁴ Judith Barnickel, »Mutige Frauen im Schulalltag«, 13. Bundeskongress Frauen und Schule Bd.147, Kleine Verlag, 2004

die strafrechtlichen Reaktionen (Anzeigen wegen Körperverletzung) von SchülerInnen und Eltern gegen Lehrkräfte nehmen in allen Schularten ständig zu.

Mit professionellem Agieren und Reagieren ist auch der Zeitfaktor gemeint. Schließlich ist die Grundlage des Lehrberufes die Wissensvermittlung und die Erfüllung der Lehrplananforderungen. Um dafür ausreichend Zeit zur Verfügung zu haben, ist es nötig, die strukturellen Bedingungen dafür – Lernbereitschaft, Ausdauerbereitschaft, Aufmerksamkeit, Einhaltung des Ordnungsrahmens usw. – vorzusetzen oder in kürzester Zeit einzufordern und zu sichern.

Die Schaffung einer bewussten Zeitstruktur und deren Notwendigkeiten für schulisches und außerschulisches Lernen wird auch in der derzeitigen neurobiologischen Wissenschaft, der Gehirnforschung von Pöppel, München, und Manfred Spitzer, Ulm,⁵ betont. Spitzer beschäftigt sich in seinen Vorträgen mit der Verbesserung der Bildung und setzt verstärkt auf die Vorbildwirkung der Lehrkräfte durch ihr Handeln oder Nichthandeln.

Deshalb sind aufgezwungene Endlosdiskussionen hier nicht sinnvoll. Den Ordnungsrahmen in wenigen Minuten zu Beginn des Schuljahres und der Unterrichtsstunde konsequent einfordern, gehört zu den Aufgaben einer professionellen, gesundheitserhaltenden Arbeitshygiene.

Auch entschuldigende Deutungsversuche und erklärende Argumente zur Begründung der Akzeptanz einer stattgefundenen Grenzverletzung/Gewalttat (z. B. »Warum haben Sie das gemacht?« »Wieso haben Sie keinen Respekt?« »Das müssen Sie doch verstehen, mir geht es gerade sehr schlecht!«) versuchen, die Grenzüberschreitung zu legitimieren und den aktiven Widerstand des Gegenübers abzuschwächen oder zu verhindern. Die Frage ist nicht, **warum** jemand eine Grenze überschritten hat, sondern klarzustellen, **dass** eine Grenze überschritten wurde und welche Konsequenzen das hat.

Damit diese Arbeit des Individuums keine Privatangelegenheit bleibt, sind eine Grundlage und ein Rahmen in Form von allgemeingültigen Normen, Werten und Regeln – mit den dazugehörigen Folgen bei Nichtbeachtung – für das gesamte Schulhaus in Form einer Schulordnung und Klassenordnung erforderlich und entlastend.⁶ Leider wird die Notwendigkeit einer Einhaltung solcher Grundvoraussetzungen nicht nur von Schülerinnen und Schülern, sondern auch von vermeintlich fortschrittlichen Lehrkräften in Frage gestellt, die Regelungen als »Zwang und Reglementierung« ablehnen und sich damit bewusst außerhalb von Vereinbarungen stellen.

Nachdem Frauen in besonderem Maße von grenzverletzendem Verhalten betroffen sind und sich dies aufgrund von gesellschaftlichen Voraussetzungen verstärkt zum Nachteil auf ihre Gesundheit auswirkt, lege ich den Schwerpunkt meiner Beispiele auf die Erfahrungen von Lehrerinnen im Schulalltag, einschließlich meiner eigenen.

Grundlagen der Selbstbehauptung/ Selbstverteidigung

Voraussetzung für den Erfolg einer aktiven Grenzsetzung ist die persönliche Entschlossenheit, sich zu wehren und gewillt zu sein, in Aktion zu treten und Grenzen zu setzen. Je nach Sozialisation oder persönlichen Fähigkeiten und Stärken fällt es leichter oder schwerer, den Mut zum Handeln aufzubringen und eine übergriffige Situation zu stoppen.

In jeder Situation gibt es Grundlagen, die beachtet werden sollten:

1. Den Raum einnehmen

- Machtgleiche Körperhaltung herstellen (stehen-sitzen)
- Aufrechte Körperhaltung/Handsignale
- Blickkontakt
- Ruhige Bewegungen/Sicherheitsabstand
- Ausstrahlung (ernst-bestimmt)

2. Zur Sprache

- Höflich bestimmt, ruhig bleiben
- Einen kurzen, klaren Satz »Ich will, dass Du/Sie ...«, »Nimm deinen Kaugummi raus!«
- Keine Fragen »Wieso kaust Du Kaugummi?«
- Rückversicherung

3. Zeitrahmen

- Selbstbestimmte Terminsetzung (wann, wer, wo, was, wie lange vorgeben)
- Kurze Dauer der Grenzsetzung, der Zurückweisung oder der Regelung

4. Andere Möglichkeiten in Betracht ziehen

- Die Situation beenden, vertagen
- Schulleitung einbeziehen, Fürsorgepflicht einfordern
- Sich vom Gewaltort aktiv entfernen

Handlungsansätze gegen Gewaltsituationen

Beispiele aus aktuellen Schulsituationen

1. Schülerinnen und Schüler

a) Provokation im Unterricht

Situation: An einer Berufsschule betritt die Lehrerin den Klassenraum. Die Stunde hat bereits begonnen. Die Lehrerin bittet die Schülerinnen und Schüler, ihre Plätze einzunehmen. Das geschieht sehr langsam und desinteressiert. Die Schülerinnen und Schüler haben z. T. ihre Straßenjacken an, die Flaschen in der Hand, kauen Kaugummi und spielen mit dem Handy. Eine Schülerin legt demonstrativ die Füße auf den Tisch.

Veränderung: Die Füße sollen vom Tisch!

Die Lehrerin stellt sich vor die Schülerin mit Sicherheitsabstand und aufrechter Körperhaltung. »Nimm die Füße vom Tisch!« Sie wiederholt den Satz, bis er befolgt wird, denn wenn

⁵ Manfred Spitzer, »Lernen: Gehirnforschung und die Schule des Lebens«, Spektrum Verlag, 2002

⁶ Margit Weidner, Sozialzielekatlog (Grundkurs 1-3), Heroldsberg, 2005

der erste Satz schon nicht eingehalten wird, braucht auch kein zweiter Satz folgen. Es folgen Veränderung der Körperhaltung und Nachdruck mit der Stimme. Blickkontakt. Es ist eine Machtprobe! Wer gewinnt, hat in Zukunft das Sagen. Es gilt, den Respekt einzuholen. Du tust, was ich dir sage, damit ich unterrichten kann, wie es mein Beruf erfordert. Das sollte in den Gedanken, in der Ausstrahlung rüberkommen. Ich sage Dir, was Du tun und lassen sollst, und nicht umgekehrt.

Regelwerk: Am besten werden die Erwartungen der Lehrkraft bereits in der ersten Schulstunde besprochen, schriftlich ausgeteilt. In diesem Fall: Einnahme der Plätze beim Läuten, Straßenkleidung in die Garderobe, Flaschen nur in der Pause oder an der Seite abstellen, keine Kaugummis, keine Handys ... Bei Nichteinhalten werden realistische Konsequenzen offengelegt, die im Bedarfsfall – ohne Ausnahmen – auch eingehalten werden müssen. Diese Regelungen können auch in späteren Wochen eingeführt werden. Hauptsache es gibt sie!

Erfahrungen: Die Lehrerin wurde nach einigen Grenzsetzungen respektvoller behandelt. Der Unterricht verlief reibungsloser.

b) Androhung von Gewalttaten

Situation: Die Lehrerin einer Mittelstufe weiß sich durchzusetzen. Als sie einige Jungs in ihre Grenzen weist, baut sich der Sprecher vor ihr auf und meint: »Wir sprechen uns später. Ich weiß, wo Sie wohnen, und werde Ihnen mit meinen Freunden einen Besuch abstatten.« Die Lehrerin teilt ihm mit, dass sie eine schriftliche Meldung darüber an die Schulleitung machen wird.

Einordnung: Dies ist eine Gewaltandrohung, ein Einschüchterungsversuch. Jede Drohung muss ernst genommen werden. Auch das Massaker von Erfurt wurde angedroht.

Schriftliche Meldung allgemein: Formale Berichterstattung über die Gewaltandrohung/Gewaltdelikte, AbsenderIn, AdressatIn (Vorgesetzte), Ort, Datum, Kurzbericht, Ziel, Unterschrift.

Beispiel: »Am 27.6.2007 bäumte sich der Schüler Klaus Hansen, Klasse 9a, in der Deutschstunde um 12.40 Uhr vor mir auf und bedrohte mich mit den Worten ».....«
Zeugen: Klasse 9a, Namen

Ich erbitte von der Schulleitung eine eindeutige Stellungnahme zu meinen Gunsten in einem Gespräch mit dem Schüler und eine Unterstützung im Rahmen der Fürsorgepflicht zur Aufrechterhaltung meiner vollen Arbeitskraft.«

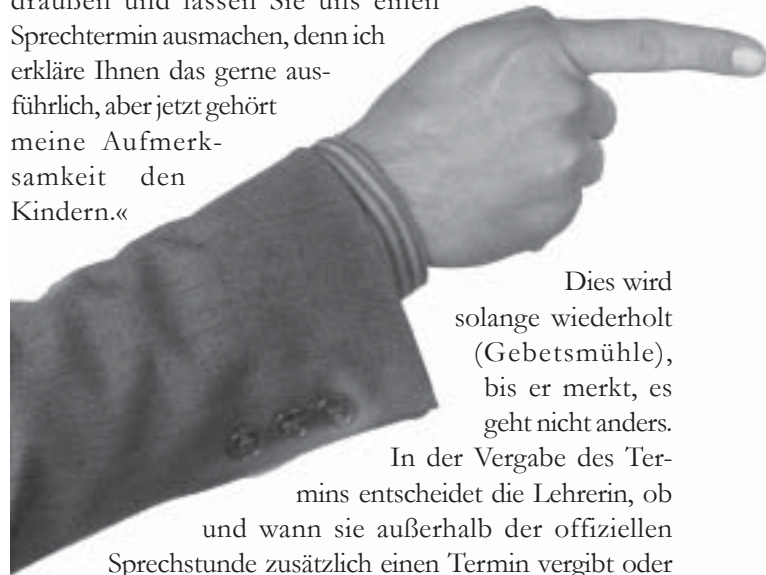
2. Eltern

a) Der Besuch vor 8 Uhr.

Situation: Die Lehrerin einer 4. Grundschulklasse sitzt um 7.50 Uhr an ihrem Pult. Die langsam eintreffenden Kinder beschäftigen sich ruhig im Klassenzimmer. Es besteht Anwesenheitspflicht für die Lehrkraft. Das wissen auch die Eltern und tauchen häufig vor acht Uhr auf, um kurz die Lehrerin zu sprechen. Aus dem kurzen Ansatz wird häufig ein sehr langes, emotional eskalierendes Konfliktgespräch.

Nach negativen Erfahrungen hat sich die Lehrerin vorgenommen, keine Diskussionen mehr vor acht Uhr mit den Eltern zu führen. Ein Vater stürmt ins Klassenzimmer direkt auf die Lehrerin in aggressiver Körperhaltung und stimmgewaltig zu und wedelt aufgeregt mit der Lernzielkontrolle seines Sohnes: »Ich muss dringend mit Ihnen über Ihre Notengebung reden (Übertritt!). Mit ihrem Punkteverteilungssystem bin ich nicht einverstanden.«

Reaktion: Die Lehrerin steht auf, nun ist sie auf Augenhöhe und lotst ihn, ohne ihn zu berühren, mit aufrechter Körperhaltung aus dem Zimmer. »Bitte kommen Sie mit nach draußen und lassen Sie uns einen Sprechtermin ausmachen, denn ich erkläre Ihnen das gerne ausführlich, aber jetzt gehört meine Aufmerksamkeit den Kindern.«



Dies wird solange wiederholt (Gebetsmühle), bis er merkt, es geht nicht anders. In der Vergabe des Termins entscheidet die Lehrerin, ob und wann sie außerhalb der offiziellen Sprechstunde zusätzlich einen Termin vergibt oder die Eltern auf den allgemeinen Sprechabend hinweist.

Einordnung: Die Lehrerin verhält sich professionell und weist den Vater in Raum- und Zeitgrenzen. Sie reagiert deeskalierend, klar und bestimmt und zeigt dennoch Gesprächsbereitschaft, wie es die Dienstpflicht erfordert. Der Rahmen wurde selbstbewusst gesteckt, die Situation entschärft. Deeskalation ist eine hohe Stufe der Selbstverteidigung, weil dabei im Vorfeld versucht wird, eine massive Grenzüberschreitung/eine Gewalttat zu verhindern.

b) Angriff während der Unterrichtszeit

Schule sollte ein Schutzraum sein. Für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die darin arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer.

Situation: Ein Streit unter Kindern in der 2. Klasse. Ein Vater findet, dass die Lehrerin sein Kind ungerecht behandelt, und will das um 11.40 Uhr klären. Zur Verstärkung bringt er seinen Bruder mit. Sie rennen aggressiv lärmend durchs Schulhaus und suchen den Klassenraum.

Reaktion: Eine Kollegin hört den Lärm, verlässt das Zimmer, stoppt sie und fragt mit Sicherheitsabstand, ob sie helfen könne. Sie wollen zur Frau X und mit den Kindern der Klasse die Schuldigen finden. Die Kollegin weist sie selbstbewusst an, einen Moment zu warten, sie kümmere sich darum. Sie ordnet der betroffenen Kollegin an, ihr Klassenzimmer zu verschließen und holt die Schulleiterin aus der Klasse. Diese erteilt den aggressiven Herren Hausverbot. Sie rücken den beiden Lehrerinnen zu nahe und drohen ihnen. Eine Lehre-

rin packen sie am Handgelenk, sie kann sich befreien. Die Lehrerinnen versuchen den Sicherheitsabstand zu halten und mit dem Handy die Hilfe des Hausmeisters anzufordern. Es gelingt, die Männer des Schulhauses zu verweisen. Die Kollegin kann die Zimmertüre aufsperrern. Der Hausmeister schiebt

Wache.

Ergebnis: Die beiden Männer erhalten schriftlich Hausverbot durch die Schulleitung. Eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs kann erst aufgenommen werden, wenn das Hausverbot nicht eingehalten wird. Die Polizei, der zuständige Kontaktbereichsbeamte, fragte die Lehrerin, die festgehalten wurde und Anzeige erstatten wollte, ob einer von den beiden sie mit

Foto: imago/
Birgit Koch

dem Messer bedroht hätte. Da dies nicht der Fall war und die Lehrerin sich aufgrund einer nichtschulischen Weiterbildung in Selbstverteidigung deeskalierend befreien konnte, wurde keine Anzeige aufgenommen. »Ist ja nix passiert!« Ein Grund mehr, sich als Lehrerin Selbstverteidigungstechniken anzueignen. Eine sinnvolle Forderung ist die Aufnahme von Selbstverteidigungskursen in das schulische Fortbildungsprogramm und die Kostenübernahme durch den Arbeitgeber.

3. Vorgesetzte und Schulbürokratie, Mehrbelastung durch steigende Vertretungen in allen Schularten.

Situation : Die Schulleitung ordnet der Lehrerin wiederholt Mehrarbeit durch Vertretung in anderen Klassen an. Während in den letzten Jahren Vertretungsstunden nicht inhaltlich kontrolliert wurden oder die Kinder, wenn keine Vertretung da war, heimgeschickt wurden, ist das seit Einführung der verpflichtenden Halbtagschule anders. Kinder müssen in der Schule bleiben und versorgt werden. Dazu werden aber keine zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, sondern die anwesenden Lehrkräfte müssen ran – und zwar qualifiziert mit super Unterrichtsstunde, damit die Lücke nicht auffällt. Eine besondere Unsitte ist dabei auch, dass Elternsprechstunden von den Vorgesetzten im Stundenplan so geplant werden, dass die Sprechstunde, die nicht im bezahlten Stundenmaß enthalten ist, gleich im Voraus für Vertretungen eingeplant werden kann. Im Vertretungsfall müssen dann die Elterntermine abgesagt oder zusätzlich gehalten werden. Vertretungen sind also keine Ausnahme mehr sondern Dauerzustand. Sie bringen Dauerbelastung und steigendes Konfliktpotential bei zunehmend höheren Krankenstand und nicht stattfinden dürfendem Unterrichtsausfall an

den Schulen. So werden Statistiken aufgepeppt und verfälscht.

Reaktion: Die Lehrerin wollte in ihrer freien Zwischenstunde Korrekturen erledigen. Kurz vor Beginn der Stunde bekam sie den Einsatzbefehl zur Vertretung mit der Auflage, eine qualifizierte Stunde zu halten. Dazu fehlte der Kollegin die Zeit. Sie ging in die Klasse, gab den Kindern eine Stillbeschäftigung und korrigierte am Pult ihr geplantes Arbeitspensum der Zwischenstunde. So verfügte sie über ihren Zeitrahmen, ohne die Dienstpflichten zu verletzen, und bremste das ständig schneller sich drehende Belastungskarussell. Gleichzeitig achtete sie rechtzeitig auf ihre Gesundheit und zeigte Zivilcourage.

Strukturelle Handlungsmöglichkeiten

Die Überlastung eines Kollegiums durch Vertretungen und die Anforderungen, im Krankheitsfall dafür zu sorgen, dass trotz Abwesenheit qualifizierter Unterricht gehalten werden kann, wurden von der Kollegin in die nächste Konferenz eingebracht. Sie legte einen Antrag vor, die verantwortliche Behörde möge im nächsten Schuljahr mehr Lehrkräfte und mehr Mobile Reserven für diese Schule schulhausintern zur Verfügung stellen.

Begründung:

1. Aufrechterhaltung von geregelten Unterrichts- und Erziehungsaufgaben
2. Abbau von Zusatzbelastungen und Konfliktpotential
3. Erhaltung der Gesundheit und Belastbarkeit des Stammpersonals

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und weitergeleitet. Andere Schulen hatten die gleiche Situation und haben ihn übernommen.

Persönliche und pädagogische Chancen

Wenn Lehrerinnen und Lehrer Regelverletzungen und Grenzüberschreitungen in den verschiedenen Bereichen klar, deutlich und selbstverständlich entgegneten, in Konfliktsituationen professionell reagieren, gewinnen sie an persönlicher Autorität.⁷ Dadurch sind sie ein positives Verhaltensvorbild und sichern sich Respekt und Achtung bei Erwachsenen und Kindern. Dies hat positive Auswirkungen auf die eigene Gesundheit und die schulische Gesamtatmosphäre.



von Judith Barnickel

Lehrerin in Nürnberg, Selbstverteidigungstrainerin

⁷ Heidemarie Glöckner, »Konflikte im Schulalltag – Päd. Chancen« in Erfolgreiche Schulleitung, Ausgabe 4, 02/2007

Nächster Fortbildungstermin:

Stopp – es reicht!

Aktives Grenzen Setzen im Schulalltag

Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Frauen

Nürnberg Haus der Pädagogik • Fürther Str. 80a • Tel: 0911/231-2519

Mittwoch 7.11.2007 und 14.11. 2007 • 14.00 - 17.00 Uhr

»Leben heißt immer wieder anfangen, auf die einfachste Art.«

(Fred Wander)

Wenn es für jeden Menschen so etwas wie eine persönliche Glücksformel gäbe, eine Formel, die Zeit in Glück verwandeln könnte, dann hieße meine: »Lesen, Laufen, Schreiben«. Glück, nicht als Zustand begriffen sondern als Bewegung, als dauernde Suche, als Spurensuche, bei der einem die Welt und die Zeit, in der wir leben, von Mal zu Mal ein wenig klarer wird als jeweils zuvor.

Eine dieser Suchbewegungen begann mit dem Namen »Fred Wander«. Der Schriftsteller Wander? Hatte er etwas mit Maxie Wander zu tun, der seinerzeit in der DDR lebenden Wienerin, deren Bücher »Guten Morgen, Du Schöne« und »Leben wär' eine prima Alternative« in den siebziger und frühen achtziger Jahren im Osten wie im Westen bei vielen Leserinnen und Lesern Begeisterung hervorgerufen hatten? Die Antwort fand ich in Wanders Autobiographie »Das gute Leben«. 1952 hatte Fred die damals Zwanzigjährige beim »Völkerkongress für den Frieden« in Wien kennengelernt, und die beiden hatten vier Jahre später geheiratet. Doch ich erfuhr noch viel mehr und ahnte, dass ich auf einer bedeutsamen Spur war.

Fred, 1917 geboren und als jüdischer Junge in Wien aufgewachsen, war seit 1947 Mitglied der österreichischen KP, und Maxie stammte aus einer österreichischen Arbeiterfamilie, in der fast alle Kommunisten waren. Fred bekam 1955 eine Einladung des Literaturinstituts Johannes R. Becher in Leipzig und nahm dort an einem Lehrgang für Autoren teil. Ganz und gar unvorhergesehen wurde für ihn daraus dann ein Aufenthalt von 25 Jahren. Seit Ende 1956 lebte und schrieb auch Maxie in der DDR, beide behielten aber ihre österreichischen Pässe.

Das Seltsame: Fred Wanders Leben wäre sicher ganz anders verlaufen, hätte die zuständige Auswanderungsbehörde ihm 1945 nicht eine Abfuhr nach der anderen erteilt. Ursprünglich hatte er nach dem Krieg in die USA ausreisen wollen, um Europa für immer den Rücken zu kehren. Nur allzu begreiflich! Als der Zwanzigjährige Hitler im März 1938 in Wien einziehen sieht, fasst er den Entschluss, Österreich zu verlassen. Er flieht über die Schweiz nach Frankreich, wo er bis zum Kriegsausbruch im September 1939 als Illegaler noch ziemlich unbehelligt leben kann. Er schreibt: »Meine Welt, die Welt der Bahn-

höfe, der Straßen, der Schlupfwinkel und der Lagerbaracken, durch alle Jahre der Flucht und des Exils – die Straßen von Wien, Paris, Lyon, Marseille und vielleicht zwanzig anderen Orten –, sie wurden mir zur Schaubühne des Lebens, gesehen, gespürt, geatmet und aufgeleckt mit einer Raserei aller Sinnesorgane, im Rausch des Hungers, der Freude und des Schreckens.«

Während der Internierung aller »Ressortissants Allemands«, auch der Österreicher, im Stade de Colombes befällt ihn bereits eine Vorahnung von den ungeheuren Schrecken, die noch folgen sollten. Er flieht aus zwei Arbeitslagern und irrt, wie viele Tausend Emigranten und französische Flüchtlinge, durch das Frankreich Vichys. Der Norden ist seit Juni 1940 deutsches Herrschaftsgebiet. Der Plan einer Ausreise in die USA scheitert, da Fred Wander den für ein Visum nötigen Betrag von 1000 Dollar nicht aufbringen kann. Im September 1942 besetzen die Deutschen auch den Süden. Fred Wander versucht, in die Schweiz zu entkommen, doch dortige Beamte liefern ihn, den Juden, mit anderen jüdischen Flüchtlingen an die faschistische Vichy-Polizei aus. Er kommt ins Sammellager Rivesaltes, von wo die Deportationen nach Auschwitz gehen.

Die Fahrt über das Sammellager Drancy, »den ersten Kreis der Hölle«, nach Auschwitz geht durch »die Eiseskälte der Welt«. Grauensvolle Geschehnisse im Inneren der Viehwaggons! Und das Dasein danach: »Im Lager herrschte eine gewalttätige Hierarchie der Kapos, der Blockältesten, ihrer Freunde und Handlanger, die hartnäckig und mit allen Mitteln um ihre Privilegien kämpften. Eine gefährliche Nachbildung der gesellschaftlichen Verhältnisse draußen!« Fred Wander erlebt und überlebt unvorstellbare Grausamkeiten. In seinem Roman »Der siebente Brunnen« sind sie geschildert. Wander hat Glück. 1945 wird er aus Buchenwald befreit und tut erste Schritte in ein neues Leben.

Ein Schicksalsgefährte spricht ihn eines Tages an: »Du warst im Konzentrationslager und bist nicht in der KP, wieso nicht? Bist du denn blind? Widerstand gegen Hitler – das waren zum größten Teil die Kommunisten! Und ohne die Sowjetunion, ohne die Rote Armee hätte Hitler den Krieg gewonnen! Sieh dich einmal um, wie die Nazis wieder aus allen Löchern hervorkriechen.

Der Zeitgewinn



Foto: Robert Michel

Man braucht sie noch, die Schweinehunde!« So erklärt sich teilweise Fred Wanders Hinwendung zum Kommunismus – für mich, einen Nachgeborenen, eine wichtige Spur auf der Suche nach Wahrheit in jenem und diesem Jahrhundert. Auch Wander hält die sogenannte Entnazifizierung in Deutschland und Österreich für eine Farce und sieht, dass im beginnenden Kalten Krieg viele Strukturen des Nazismus fortbestehen. Zugleich bewegt ihn der naive Optimismus seiner neuen Freunde und ihr Zukunftsglaube. Maxie, die er liebt wie keine Frau zuvor, ist für ihn geradezu die Verkörperung dieses unbedingten Weltvertrauens.

Bei aller Neigung für den Sozialismus behalten beide ihren scharfen Blick für die Schwächen der SED, für Lüge und Heuchelei. Je länger sie in der DDR leben, desto klarer sehen sie die unaufhebbaren Widersprüche im »real existierenden Sozialismus« und den »gigantisch aufgeblähten bürokratischen Apparat, der sich selbst vernichtete.« Aber: »Das Wissen um die ungeheuren Opfer des russischen Volkes sowie der Freiheitskämpfer in den von den Nazis besetzten Ländern hielt uns fest auf der Seite der Linken.« Auch haben sie unter den SchriftstellerInnen, Intellektuellen und sogenannten einfachen Leuten viele FreundInnen gewonnen. Maxie und Fred sind beliebt, ausgenommen bei FunktionärInnen, und die Kinder der beiden erleben das Land als ihr Zuhause.

Einige Jahre nach dem tragischen Unfalltod ihrer zehnjährigen Tochter und den politischen Ereignissen des Jahres 1968 (der »Prager Frühling« und der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR) machen sie sich ernsthafte Gedanken, nach Wien zurückzukehren. Da erkrankt Maxie an Krebs. 1977 stirbt sie. Fred »schlittert in eine bodenlose Leere, eine Verwirrung der Gefühle, in einen Alptraum.« Er stürzt sich in Arbeit. Eine Freundin der Wanders, »geradezu mein Schutzengel«, hilft ihm aus »den schicksalhaften Verstrickungen«. 1982 heiratet er sie, verlässt mit ihr ein Jahr später die DDR endgültig und geht nach Wien, wo er als freier Schriftsteller lebt. Dort ist er im vergangenen Jahr gestorben.

1996 erscheint »Das gute Leben« in einer ersten Fassung, zehn Jahre später in einer Neuauflage. »Von

der Fröhlichkeit im Schrecken« lauten diese »Erinnerungen« im Untertitel. Sie gewährten mir einen unschätzbaren Einblick in ein außerordentliches Leben in einer aus den Fugen geratenen Welt. Wander klagt nicht, klagt nicht an, verurteilt nicht, beharrlich versucht er, zu verstehen, was ihm und anderen geschehen ist, auch wenn vieles, wie Auschwitz, »niemand in der Welt jemals verstehen wird«. Wer die Erfahrungen, die dieser Mann gemacht hat, kennt, weiß Sätze wie die folgenden richtig einzuschätzen: »Alles in der Welt war eine Frage von Herrschaft und Unterwerfung. Diese in mir arbeitende konzentrierte Wahrnehmung wendete sich vor allem der anderen Seite zu, den Unterworfenen. Wie auch meine Neigung zur politischen Linken nie mehr war als meine Solidarität für die im Leben Gescheiterten, die kleinen Leute, die Versager. Die zwanziger und dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren sehr lehrreich dafür.«

Fast ganz zum Schluss stieß ich dann auf die zwei für meine Spurensuche wichtigsten Stellen. Die eine: »Das Einssein mit der Welt ist keine Frage der Geographie, es ist der blutige, aber doch kostbare Lohn unserer Verfluchung, der Verfolgung und der Verstreuung in der Welt. Es ist *eine* Welt, und wir sind unterwegs.« Und die andere Stelle, in der er die Summe seiner Begegnungen mit den Menschen zieht: »Dieser Mensch lebt in der Gemeinschaft, sieht aber die Unterschiede, lebt die Unterschiede. Was du auch so deuten kannst: Er liebt es, die Unterschiede zwischen den Menschen, die Widersprüche und Gegensätze am Leben zu erhalten, um daraus zu lernen, sich daran zu erfreuen und die beste Art für sich herauszufinden. Verwandle dich, nur in der Verwandlung ist Leben. Nur in der Vielfalt liegt unsere schöpferische Kraft.«

von Hannes Henjes

Mitglied der DDS-Redaktion
Gymnasiallehrer im »Unruhestand«
E-Mail: h.henjes@web.de



Zum Lesen:

Fred Wander, *Das gute Leben oder Von der Fröhlichkeit im Schrecken. Erinnerungen.* Wallstein Verlag, 399 S.

Ergebnisse der Auswertung der DDS-LeserInnen- befragung

125 DDS-LeserInnen haben sich an der Befragung, die wir im April durchgeführt haben, beteiligt. Das sind gemessen an der Auflage sehr wenige und daher können die Ergebnisse nicht auf die Gesamtorganisation der GEW Bayern übertragen werden. Um dies deutlich zu machen, verwenden wir im Folgenden absolute Zahlen und verzichten auf die Nennung von Prozentsätzen. Hier ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse:

Wer hat mitgemacht?

Die Beteiligung aus den einzelnen Fachgruppen entsprach – mit Ausnahme der Fachgruppe Hochschule und Forschung, die sich besonders aktiv beteiligte – in etwa ihrem Anteil innerhalb der bayerischen GEW. So konnten wir trotz des geringen Rücklaufs einen Eindruck davon gewinnen, was unsere LeserInnen bewegt.

Gefreut haben wir uns, dass sich 89 (71 %) ganz »normale« Mitglieder, also nicht nur Mandats- oder Funktionsträger, an der Befragung beteiligt haben.

Finden sich die Fachgruppen in der DDS wieder?

Am besten thematisch repräsentiert fühlen sich die LehrerInnen aus den Bereichen Grund- und Hauptschule. Aber auch in der Gesamtübersicht äußern sich zwei Drittel derer, die an der Befragung teilgenommen haben (31¹), zufrieden über die Darstellung ihrer Fachgruppe in der DDS. Das umgekehrte Bild zeigt sich bei der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe: Hier sehen sich nur 5 von 28 ausreichend in der DDS repräsentiert.

Fühlen sich die LeserInnen mit tarif- und arbeitsrechtlichen Tipps gut versorgt?

Die Frage 6 haben 54 LeserInnen mit »Ja« beantwortet. Wenn man die beiden anderen Antwortmöglichkeiten »Nein«

¹ Zahlen ohne Prozentzeichen sind absolute Zahlen. Sollte deren Summe von 125 abweichen, liegt dies daran, dass nicht immer alle Fragen beantwortet wurden.



(36) und »Unentschlossen« (34) in die Betrachtung mit einbezieht, ergibt sich: Jeweils fast ein Drittel sind unzufrieden bzw. in ihrer Antwort auf diese Frage unentschlossen.

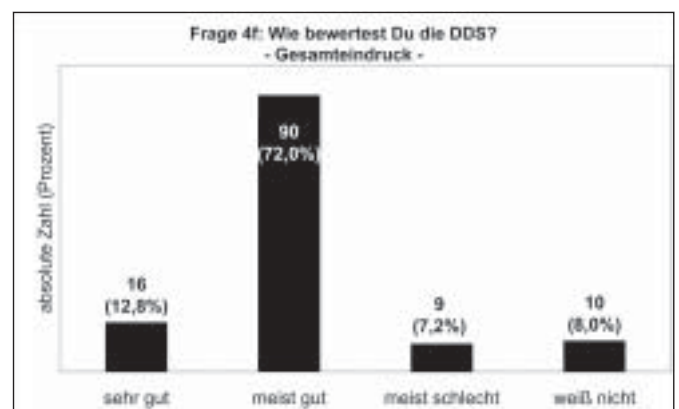
Wir können daraus keinen eindeutigen Wunsch ablesen, nehmen dies aber in unsere Überlegungen mit auf.

Unentschiedenheit bei der Frage nach den pädagogischen Tipps

Ebenso uneindeutig ist das Ergebnis bei Frage 8 nach den pädagogischen Tipps: 56 fühlten sich damit gut versorgt, 32 würden sich über mehr freuen und 33 waren unentschieden. Allerdings gab es auch zahlreiche Anmerkungen, dass dies gar nicht Aufgabe der DDS sei. Die konkreten Themenwünsche reichten von »Arbeitsplatz Kita« bis zu »Schule vor Ort«.

»... nicht so schläfrig, bräsig und beamtet ...«

Solche und andere Rückmeldungen bekamen wir auf die Frage nach den Empfehlungen für die weitere Arbeit der Redaktion. Allerdings gab es an dieser Stelle auch viel Lob und Ermutigung, was in einem vielfältigen »weiter so!« zum Ausdruck kam.



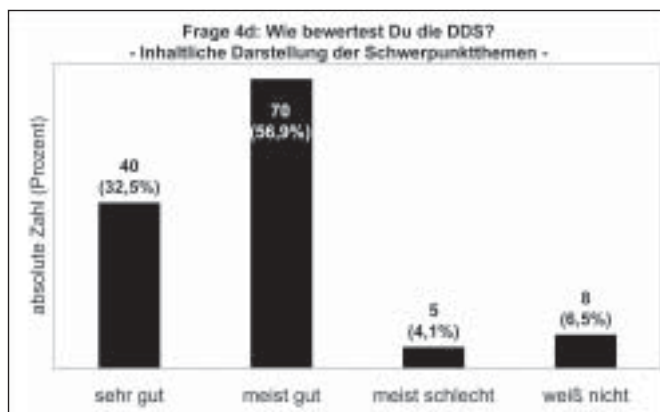
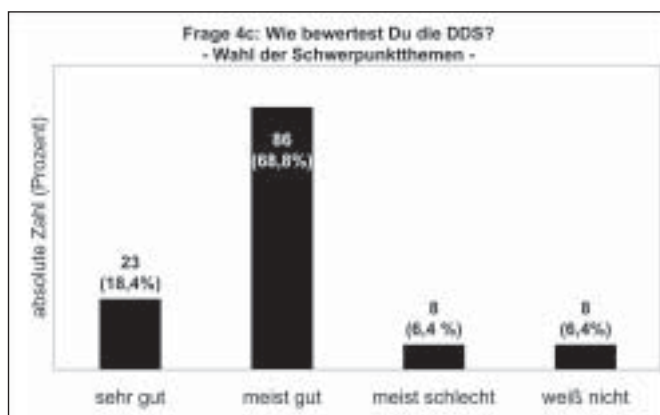
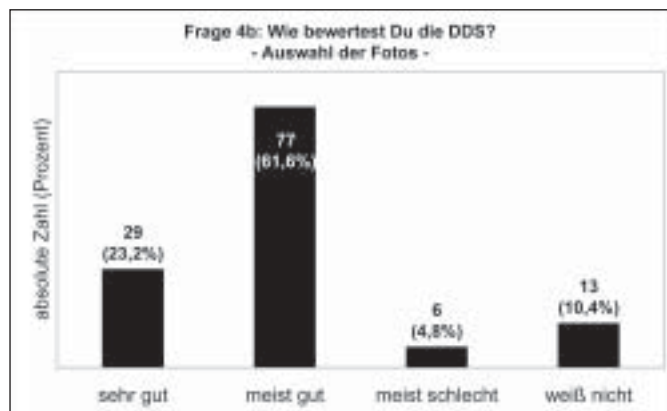
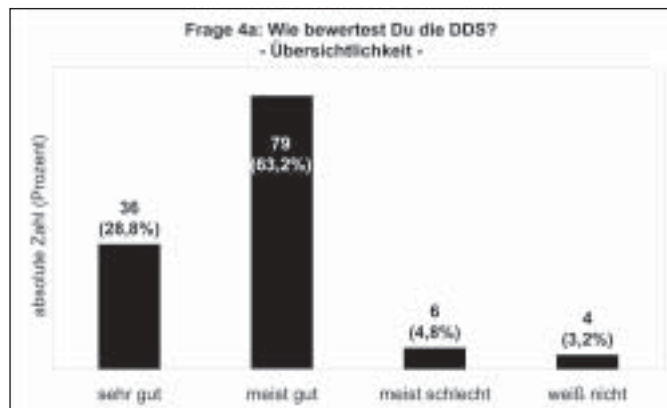
Wiederholt tauchte auch der Wunsch auf, dass wir versuchen sollten, *allen* Berufsgruppen im erzieherischen Bereich gerecht zu werden oder dass sich »Deutschlands und Europas bildungspolitische Probleme nicht im gegliederten Schulsystem erschöpfen« sollten.

Auch gab es einige kritische Anmerkungen und Anregungen zum Layout der Zeitschrift.

- Konkrete und positive Beispiele für »eine Schule für alle«
- Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten
- Arbeitsfeld Behindertenhilfe, schulische Integration
- Entwicklungen in Hochschule und Forschung
- Tariffragen und Mobilisierung

Gefreut haben wir uns auch über das Interesse bzw. die Bereitschaft von einigen von Euch, für die DDS zu schreiben. Der Vorschlag, die geplanten Schwerpunktthemen vorab bekannt zu geben, um die LeserInnenschaft zum Schreiben zu mobilisieren, ist bereits umgesetzt. Unsere Themenplanung findet Ihr seit einiger Zeit wieder in jeder Ausgabe im Editorial.

Auswertung von Verena Escherich, Dorothea Weniger und Wolfram Witte

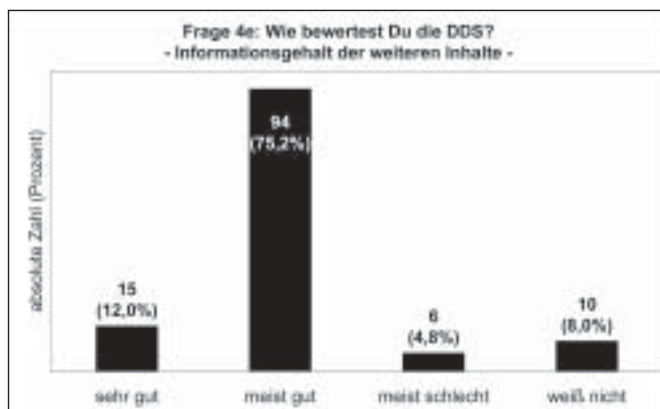


Dass die DDS aus Kostengründen als »Beilage« der E&W und damit auch mit begrenzter Seitenzahl erscheint, wird von einigen bedauert. Unser »heimlicher« Kompromiss durch leichteres Papier oder kleinere Schrift trotzdem mehr Inhalt zu produzieren, wurde von aufmerksamen LeserInnen registriert, unter ästhetischen Gesichtspunkten aber zu Recht bemängelt.

Überrascht hat uns, dass die DDS trotz überwiegend positiver Bewertung nur selten zur Mitgliederwerbung genutzt wird. Hier steckt noch Potenzial drin. Die Aushänge hingegen finden bei 2/3 der LeserInnen sehr gute Resonanz.

Was wir für unsere Arbeit mitnehmen

Allen, die sich an der LeserInnenbefragung beteiligten, sagen wir Dankeschön! Eure Antworten auf die verschiedenen Fragen und nach den Schwerpunkten haben uns wichtige Impulse für die Weiterarbeit gegeben. Wir werden Eure Anregungen aufgreifen und in der nächsten Zeit folgende Themen berücksichtigen:



Achtung! Dringender Termin!

10. Oktober 2007

Online-Petition für ein Grundrecht auf Ausbildung

Trotz etwas Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt bleiben noch viel zu viele Jugendliche auch in diesem Jahr wieder ohne Ausbildungsplatz. Einige LandesschülerInnenvertretungen haben deshalb eine Petition an den Deutschen Bundestag eingereicht, in der sie ein Recht auf Ausbildung fordern. Solche Petitionen brauchen sehr viele UnterstützerInnen, damit sie behandelt werden müssen. Es wäre deshalb gut, wenn möglichst viele noch diese Petition unterzeichnen. Dies kann bis zum Stichtag 10. Oktober geschehen.

Der Text der Petition und die Unterzeichnungsmöglichkeit finden sich unter:
<http://itc.napier.ac.uk/e-Petition/bundestag/>

Wettbewerb 2007 »Die Gelbe Hand«

Sie wollen sich in der Berufsschule oder im Betrieb mit Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung auseinandersetzen? Sie engagieren sich für Minderheiten und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt? Sie unterstützen Kollegen und Kolleginnen mit Migrationshintergrund? Sie haben bereits ein Projekt durchgeführt und möchten, dass auch andere von Ihren Erfahrungen profitieren? Dann machen Sie mit beim Wettbewerb „Die Gelbe Hand“. Der Wettbewerb wird ausgeschrieben vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ und unterstützt vom DGB Nordrhein-Westfalen. Es muss nicht viel Zeit investiert werden und großes technisches Know-how ist dafür auch nicht notwendig. Viel wichtiger ist es, einen kreativen Zugang zum Thema zu finden. Die Beiträge sollen andere dazu ermuntern, selbst gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung aktiv zu werden. Die Darstellungsformen können frei gewählt werden. Hierfür bieten sich eine Fülle von Möglichkeiten an:

Zum Beispiel die Dokumentation eines Projektes • Aufsätze und Reportagen • Fotos bzw. eine Fotostory • ein Bildschirmschoner • ein Logo für eine Kampagne • ein digitaler Kurzfilm • Songs • Plakate • Postkarten und und und ...

Es gibt Geld- und Sachpreise zu gewinnen. Teilnehmen können Berufsschulen, Betriebe, Gewerkschaften und alle, die mit ihren Beiträgen einen Bezug zur Arbeitswelt herstellen. Einsendeschluss ist der 16. November 2007. Die Preisverleihung findet am 10. Dezember in Düsseldorf statt.

Weitere Informationen, Beispiele und Ausschreibungsflyer gibt es bei:

»Mach meinen Kumpel nicht an!« e.V.

Hans-Peter Killguss

Hans-Böckler-Str. 39 • 40476 Düsseldorf

Tel.: 02 11-4 30 11 93 • Fax: 02 11-4 30 11 34

killguss@gelbehand.de

<http://www.gelbehand.de>

Dies und Das

Rechte Orientierungen

Auch Veränderungen in der Arbeitswelt können Grundlage für das Entstehen rechter Orientierungen sein. Prekarisierungstendenzen, d.h. der Rückgang von Normalarbeitsplätzen und die Zunahme unsicherer Beschäftigung, können zu Unsicherheitsgefühlen und Abstiegsängsten führen. Einfache Erklärungsversuche, wie die These »Arbeitslosigkeit führt zu Rechtsextremismus« greifen jedoch zu kurz. Es kommt entscheidend darauf an, wie Betroffene ihre jeweilige soziale Lage subjektiv verarbeiten und ob demokratische oder autoritäre Grundüberzeugungen das politische Weltbild prägen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung und der DGB beschäftigten sich daher auf einer Tagung mit der Frage »Unsichere Arbeit, Abstiegsängste und kulturelle Vielfalt – Ursachen für rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern?« Jetzt ist die Dokumentation der Konferenz von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES veröffentlicht worden. Die Beiträge stellen unterschiedliche wissenschaftliche Analysen und Handlungsoptionen dar und sollen die Diskussion über dieses wichtige gesellschaftspolitische Thema anregen.

Sie steht zum Download zur Verfügung:
www.gelbehand.de/rechte_orientierungen
Weitere Materialien zum Thema gibt's unter:
www.fes.de/rechtsextremismus

»Mitten im Leben statt voll daneben«

Diese neue Broschüre der Aktion Jugendschutz Bayern und des Bayerischen Jugendrings richtet sich an alle, die in der Jugendarbeit suchtpräventiv tätig werden wollen. Die Arbeitshilfe erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem das sog. Koma-Trinken und exzessiver Alkoholmissbrauch von Jugendlichen die Öffentlichkeit aufhorchen lassen. Es wird sichtbar, was in Fachkreisen längst bekannt ist: Das gesellschaftlich akzeptierte Suchtmittel Alkohol hat auch für eine große Zahl von Jugendlichen eine hohe Attraktivität und ist das Rauschmittel Nr. 1!

Jugendarbeit ist in ihren vielfältigen Handlungsfeldern mit dem Konsum von Alkohol konfrontiert und greift diese Problematik auf. Die vorliegende Arbeitshilfe wendet sich in erster Linie an ehrenamtliche und hauptberufliche MitarbeiterInnen in der Jugendarbeit. Besonders wünschenswert ist ihr Einsatz auch im Kontext der Gruppenstunden in den Jugendverbänden.



Die Arbeitshilfe liefert grundlegende Informationen zum Umgang mit Alkohol und mit konsumierenden Heranwachsenden. Dabei werden sowohl die Themen »Theoretische Grundlagen«, »Suchtprävention«, »Suchtgefährdungen«, »Übergänge zwischen Genuss, Missbrauch und Sucht«, aber auch relevante Gesetzesgrundlagen behandelt. Den zentralen Bereich bilden praxisbezogene Übungen und Spiele zum Thema »Suchtprävention«.

Die 95-seitige Broschüre ist zum Preis von 5 Euro (zzgl. Versandkosten) direkt zu bestellen bei den Herausgebern.

Bestellung beim BJR:

Art. Nr. 148 • online-bestellung@bjr.de
www.bjr.de

Aktion Jugendschutz:

Art Nr. 12111 • info@aj-bayem.de
www.bayern.jugendschutz.de

Hilfe, wir haben lauter Jungs!

In einigen Einrichtungen der Jugendhilfe und Bildung sind bis zu 99 % Jungen und wenige Mädchen. Fast umgekehrt ist das Geschlechterverhältnis bei den Fachkräften. Jungen sind mit ihrer ganzen Vielfalt und mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen präsent. Mädchen bringen oft eine eigene Dynamik und ebenfalls individuelle Problematiken ein. Für pädagogische Teams ist es keine leichte Aufgabe, beiden Geschlechtern mit ihrer Arbeit gerecht zu werden. Neben Inputs über geschlechtsspezifische Hintergründe wird der Schwerpunkt auf einer Fortbildung für Fachfrauen und Fachmänner, die IMMA in Kooperation mit dem Beauftragten für die Belange von Jungen und jungen Männern beim Stadtjugendamt München durchführt, auf die Bearbeitung konkreter Situationen gelegt.

Termine: 28. und 29.11.2007

Kosten: 120 Euro

Anmeldeschluss: 28.10.2007

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Ein Mann im Frauenteam - für Frauen Als Mann im Frauenteam - für Männer

In Kooperation mit dem Stadtjugendamt München, dem Beauftragten für die Belange von Jungen und jungen Männern, bietet IMMA eine Fortbildung für Fachfrauen und Fachmänner an: Die Situation als Minderheit in einem geschlechtsdisparischen Team kann anstrengend, aufregend und nervend, aber auch fruchtbar, effektiv und erfüllend sein. Geschlechterbewusste pädagogische Arbeit erfordert eine entsprechend vorbildhafte Funktion des Teams. Und das, obwohl auch die Männer und Frauen im Team diskriminierende, ohnmächtige oder machtvolle Erfahrungen haben. Eigene Geschlechterbilder aus der Biographie und Erfahrungen aus dem Be-

rufsleben prägen und können förderlich oder hinderlich sein.

Daran kann neben praktischen Themen gearbeitet werden. Die Fortbildungstage für Frauen und Männer sind geschlechtshomogen. Optional kann im Anschluss ein Austauschgespräch organisiert werden.

Termine: 22.11.2007 für Frauen,
23.11.2007 für Männer

Kosten: 90 Euro (bei Teamanmeldung 80 Euro)

Anmeldeschluss: 22. bzw. 23.10.2007

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

»Warum verdiene ich nur so wenig?«

Mädchen wählen immer noch weitgehend typische Frauenberufe – wenig Ansehen, geringe Bezahlung und keine Aufstiegschancen. Die (sozial)pädagogischen Beraterinnen, die die Mädchen und jungen Frauen in ihrer Berufsfindung begleiten, haben sich irgendwann in ihrem Leben ebenfalls für solch einen Beruf entschieden. Aus Leidenschaft, aus Bequemlichkeit, aus Angst?

Grundlage für eine reflektierte, kompetente und weitgehend objektive Berufsberatung ist die Auseinandersetzung mit eigenen Werdegängen und das Wissen über Chancen und Risiken von Mädchen und Frauen bei der Berufswahl. Die versucht IMMA mit einer Fortbildung für Fachfrauen zu schaffen.

Termin: 4.12.2007

Kosten: 90 Euro

Anmeldeschluss: 4.11.2007

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Betriebliche Konfliktkultur – Die Chance zum Wandel

Wo Menschen miteinander arbeiten, gibt es unterschiedliche Meinungen, Strategien und Vorgehensweisen. Wenn es nicht gelingt, einen gemeinsamen Weg zu finden, fliegen manchmal die Fetzen. Oft werden Konflikte als Makel betrachtet, unterdrückt oder durch Macht entschieden. Solch destruktive Konfliktlösungen schwächen und belasten Mitarbeiter und ihre Zusammenarbeit und beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit und das Betriebsklima.

Die Einführung einer konstruktiven Konfliktkultur lohnt sich also – auch aus Sicht der Betriebe und Einrichtungen.

Eine Veranstaltungsreihe im Museum für Kommunikation Nürnberg, die vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt der Evangelischen Kirche in Bayern, der Nürnberger Gesellschaft für Mediation, dem Museum für Kommunikation Nürnberg und dem ver.di-Bezirk Mittelfranken angeboten wird, behandelt diese Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln. Sie wendet sich an Führungs-

Dies und Das

kräfte von Unternehmen und Verwaltungen, an MitarbeiterInnen, Betriebs- und PersonalrätInnen, GewerkschaftsvertreterInnen, ebenso aber auch an einfach nur Interessierte aus Privatwirtschaft, öffentlichem Dienst und kirchlichem Dienst.

Gezeigt werden Möglichkeiten der konstruktiven Konfliktbearbeitung, etwa durch Mediation, bis hin zum Aufbau differenzierter Konfliktmanagementsysteme. Ein Schwerpunkt ist der Umgang mit Mobbing. Best-practice-Beispiele machen Mut zur Nachahmung. Verschiedene Workshops bieten die Möglichkeit, eigene Lösungen für den Umgang mit Konflikten zu entwickeln und einzuüben. (s. auch nächste Meldung) Informationen und Programm gibt's bei: kda (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt)
Tel.: 09 11-43 10 02 27 • preu@kda-bay.de
www.kda-bay.de
Programm: www.betriebliche-konfliktkultur.de

Wenn keiner grüßt und alle schweigen ...

Die Verunsicherung ist groß bei den Beteiligten und Vorgesetzten, wie man sich im Konfliktfall richtig verhalten soll. Was ist zu tun, wenn Konflikte sogar zum Mobbing eskalieren? Wie können wir präventiv tätig werden? Welche Möglichkeiten gibt es, eine Konfliktkultur auszubilden, die einen partnerschaftlichen und respektvollen, fairen Umgang miteinander ermöglicht?

Eine Ausstellung zur Konfliktkultur, die vom 3. Oktober bis zum 18. November im Museum für Kommunikation Nürnberg zu sehen ist, thematisiert Konflikte und Konfliktursachen in der Arbeitswelt. Die Folgen ungelöster Konflikte durch Mobbing werden plastisch veranschaulicht. Die Besucherinnen und Besucher werden angeleitet, individuelle Bewältigungsstrategien und betriebliche Lösungsmodelle für Konfliktsituationen zu entwickeln.

(Veranstalter s. letzte Meldung)

Museum für Kommunikation Nürnberg

Lessingstr. 6 (Verkehrsmuseum)

90443 Nürnberg

Tel. 09 11-23 08 80 • Fax: 09 11-230 88 96

mk.nuernberg@mspt.de

www.museumsstiftung.de

Theater Mumpitz präsentiert: Pikko, die Hexe

Pikko, die Hexe, ist so staubkornklein, dass niemand sie je gesehen hat, nicht einmal die anderen Hexen. Aber Pikko hat Macht. Macht über ihren kleinen Besen, mit dem sie über das Reich des bösen Kaisers fliegt. Und Macht, in die Köpfe anderer einzudringen und Gedanken durcheinanderzuwirbeln. Sie befreit einen Hund von der Kette, einen Tanzbären von seinem Maul-

korb, den Jungen Iwan von seiner Traurigkeit und ein ganzes Volk von dem bösen Kaiser. Aber sie vermag es nicht, die Rituale der Bestrafung zu beenden: Der Hund wird geschlagen, der Bär wird ausgepeitscht und der Kaiser muss sein Leben lang über die Erde kriechen.

Dieses außergewöhnlich fesselnde und beunruhigende Märchen über Macht, Macht haben wollen und Freiheit ist für Kinder ab sieben Jahren geeignet. Das Stück hat am 3.11. im Theater Mumpitz im Kachelbau, Michael-Ende-Str. 17, in Nürnberg Premiere. Es basiert auf einem für den deutschen Jugendliteraturpreis 2007 nominierten Bilderbuch.

Information zu diesen und anderen Stücken sowie dem Spielplan und z. B. pädagogischen Angeboten des Theaters, zu Eintrittspreisen, Kartenvorverkauf und allem, was sonst noch wichtig ist, findet sich unter: www.theater-mumpitz.de

Eine Odyssee im Theater der Jugend

»Meisterhaft steuert Odysseus das Floß und heftet sein Auge/Auf die Sterne, die ewig leuchtenden, hellen Plejaden./Siebzehn Tage durchfurcht er ruhig die schäumenden Wellen./Doch dann erspät ihn plötzlich der Gott des Wassers, Poseidon./Mit dem eisernen Dreizack bringt er das Meer jetzt zum Toben./Sturmwinde brechen los aus allen Richtungen, Regen,/Hagel kübelt und prasselt herab aus den Lüften, den schwarzen,/Finsternis bringend. Ringsum brüllen die Wellen. Odysseus/Bangt um sein Leben. Ist jetzt das Ende gekommen?«

Die 24 Gesänge Homers sind in daktylischen Hexametern geschrieben. Ad de Bont hat in seiner Bearbeitung Teile des großen Menschheitsepos ebenfalls in Versen geschrieben (siehe oben), um so Jugendlichen die poetische Sprachkraft Homers vorzustellen. Den Autor faszinierte auch die Vermischung von Götter- und Menschenwelt, weil auf diese Weise unbegreifliche Geschehnisse konkretisiert werden können und alltägliche Dinge eine außergewöhnliche Dimension bekommen. »Die griechischen Götter sind Ausdruck des Gedankens, dass es zwischen Himmel und Erde mehr gibt als wir verstehen.« (Ad de Bont) Im Theater der Jugend am Elisabethplatz in München hat das Stück am 13. Oktober Premiere. Es wird empfohlen für Jugendliche ab zwölf Jahren und für Erwachsene. Weitere Informationen:

theater@schauburg.net • www.schauburg.net



Interessante Veranstaltungen ab Oktober 2007

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

04.10.07	Reform der Hauptschule – Zweigliedrigkeit oder eine Schule für alle? Mit Peter Caspari	Referat mit Diskussion	Peiting, Obb. Gaststätte Dragoner, 19.30 Uhr
09.10.07	Der Mann, der in den Dschungel ging. Zum 40. Jahrestag der Ermordung Che Guevaras. Veranstalter: GEW Nürnberg, DGB-Jugend, ver.di und Die Falken	Info-Abend	Nürnberg DGB-Haus 19.00 Uhr
10.10.07	Tarifrunde 2008 – Streik? Mit Harald Pürzel, ver.di München und Günther Mitteregger, GEW Bayern (weitere Infos s. S. 27)	Info-Abend und Mtgl.-Vers.	München DGB-Haus, 19.00 Uhr
10.10.07	Eine Schule für alle ist möglich. Mit Oskar Brückner	Info-Abend	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
13.10.07	Mentoring: (Junge) Frauen stärken – im Beruf und in der GEW. Ein Projekt des Landesfrauenausschusses und der Jungen GEW*	Seminar	Nürnberg 10.00 - 16.00 Uhr
13.10.07	Gesund bleiben in pädagogischen Berufen. Gesundheitstag der GEW Oberbayern mit Dr. Peter Vogt u. a. */**	Fachtagung	München PI der LHM, 10.00-15.30 Uhr
18.10.07	Info-Veranstaltung zum Tarifvertrag TVöD. Mit Wolfgang Nördlinger	Referat mit Diskussion	Ingolstadt DGB-Haus, 19.30 Uhr
23.10.07	Ganztagesklassen: Erfahrungen und Perspektiven. Mit Ludwig Würfl	Referat mit Diskussion	Freising Viva Vita, 19.00 Uhr
10.11.07	Angestellte Lehrkräfte in Bayern – Perspektiven für die Tarifrunde 2008. (weitere Infos s. S. 27)	Infoveranstaltung	Nürnberg DGB-Haus, 10.30 - 16.00 Uhr
17.11.07	Blaudige Zeit'n – Lieder und Texte zum Aufstand der Oberländer. Mit Otto Göttler, Sepp Raith und Wolfram Kunkel, Veranstalter: GEW-Oberbayern	Liederabend	Dorfen Gasthaus »Soafa« 20.00 Uhr
19.-20.11.07	Neu als Betriebsrat. Aufgaben, Rechte, Arbeitsweisen – eine Einführung.	BR-Seminar	Niederpöcking
23.-24.11.07	Neumitgliederseminar: Personal, Programm und Politik der GEW kennenlernen.*	Seminar	Bamberg
28.11.07	Eine Schule für alle - Umgang mit Heterogenität * mit Annemarie Roithmeier-Huber. Anmeldung bei: Peter Caspari, Tel. 0 81 24-92 37, Fax: 0 81 24-90 96 32 gew.oberbayern@t-online.de	Vortrag und Praxisbeispiel	Wörth b. Erding Hauptschule 14.30-17.00 Uhr
07.-09.12.07	Bildung sichtbar machen. DozentInnenausbildung der GEW für das »Bildungsbuch«. Teil 1 (von 1-3, insges. 11-tägig). Mit Dr. M. Rißmann, T. Krey-Gerve, Dr. W. Dießner u.a., Veranstalter: GEW-Hauptvorstand/VB Jugendhilfe und Sozialarbeit */** Infos: juhi@gew.de Tel.: 0 69-78 97 33 28 (Bernhard Eibeck)	Fort- und Weiterbildung (3 Seminarblöcke, Kosten ca. 1250 Euro)	Eisenach/Thüringen

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:

GEW-Büro, z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-Mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

Aktuelle Trends und alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung

Referent: **Dr. Andreas Keller** (Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand)

Dienstag, 16. Oktober 2007, 18.30 Uhr

München, Eine-Welt-Haus, Schwanthaler Str. 80

GEW-Mitglieder sind ab 17 Uhr herzlich zu einem informellen Austausch mit dem Referenten bei einem kleinen Imbiss eingeladen.

- Unbefristet befristete Beschäftigung durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz? Was hat sich durch den TV-L/TVöD geändert und wie sehen die Perspektiven aus? Wie prekär beschäftigt ist man in der Wissenschaft?
- Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes? Wie kann die Partizipation im Mitbestimmungsverfahren zur Steuerung der Hochschule gelingen?
- Werden Studiengebühren die Studienbedingungen und die Lehre verbessern? Reicht BAföG für das StudentInnenleben, wenn man es denn überhaupt bekommt? Wer kann bzw. darf zukünftig studieren?
- Wie wird sich die Umsetzung des Bologna-Prozesses auswirken – werden Bachelor- und Masterabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt akzeptiert?

Diese und weitere Fragen angesichts der Entwicklungen in Hochschule und Forschung sind nicht neu, nur gibt es verschiedene Antworten darauf. Dass die Gewerkschaften Alternativen zu den eingeschlagenen Wegen bieten können, wird Dr. Andreas Keller aus GEW-Perspektive in seinem Referat darlegen.

Wie es uns gemeinsam gelingen kann, gestaltend in die aktuellen Prozesse einzugreifen, wollen wir im Anschluss daran diskutieren.

Weitere Informationen könnt Ihr per E-Mail unter sabineherzig@yahoo.com erfragen. Um Anmeldung unter der gleichen Adresse wird gebeten.

Wir freuen uns auf Eure rege Beteiligung und eine interessante Diskussion!

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Oktober Geburtstag feiern, ganz besonders

Ludwig Reitberger, München, zum **96.**

Roswitha Friedrich, Rodach, zum **74.**

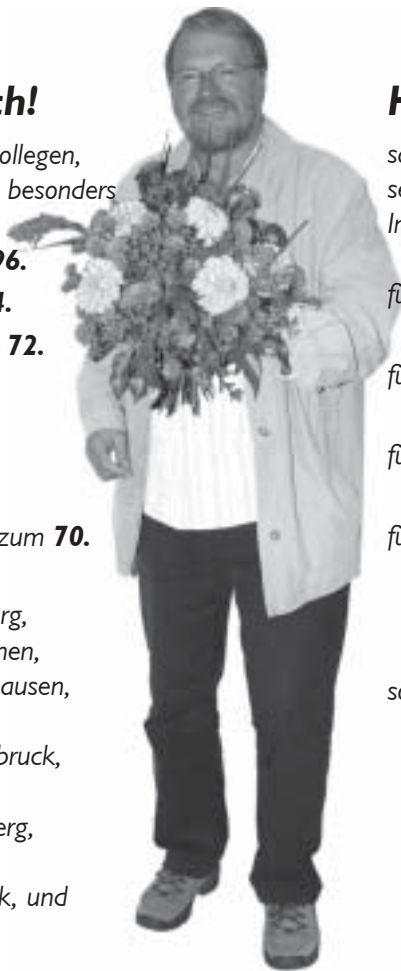
Dietlinde Stücklen, Gröbenzell, zum **72.**

Herbert Sambale, Murnau, und
Oswald Then, Prittriching, zum **71.**

Gudrun Bergmann, München,
Horst Ebeling, Salzburg, und
Dr. Johannes Nowak, Königsbrunn, zum **70.**

sowie zum **65.**

Rosemarie Bechteler, Augsburg,
Evi Hock-Schmederer, München,
Monika Kühbandner, Petershausen,
Carol Renner, Hausen,
Günter Hubenzehnder, Hersbruck,
Jürgen Kossegg, Polling,
Bernd Dieter Kratzer, Nürnberg,
Bernd Ogan, Nürnberg,
Winfried Steinl, Kümmersbruck, und
Gundo Vent, Piding.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im September gilt unser Dank ganz besonders

für **60 Jahre** Mitgliedschaft,
Eberhard Kabitz, Oberstaufen,

für **59 Jahre** Mitgliedschaft,
Helmut Michalski, Frasdorf,

für **54 Jahre** Mitgliedschaft,
Helmut Stock, Lauf,

für **40 Jahre** Mitgliedschaft,
Brigitte Christner, Fürstenfeldbruck,
Eduard Häring, Eggenfelden, und
Klaus Peter König, Germering,

sowie für **35 Jahre** Mitgliedschaft

Gabriele Bieber, Dießen,
Marianne Brünner, Erlangen,
Annette Glück-Schmidt, Bamberg,
Helga Huber-Hofmeister, Trostberg,
Anne Kostomlatsky, München,
Christa Sterr, München,
Hans Baumann, Selb,
Prof. Dr. Jürgen Habermas, Starnberg,
Hans Prüll, Bad Abbach,
Georg Simet, Brunntal,
Stephan Stein, München, und
Gerhard Zeitler, Gröbenzell.

Einladung zur Informationsveranstaltung

Angestellte Lehrkräfte in Bayern – Perspektiven für die Tarifrunde 2008

Die Tarifsituation für angestellte Lehrkräfte
und ihre Handlungsmöglichkeiten

am **Samstag, 10.11.2007, in Nürnberg**, 10.30 - 16.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Kornmarkt 5 - 7, 7. Stock, Raum 2a-2b

mit **Peter Jonas** Referent für Beamten- und Tarifpolitik beim
GEW-Hauptvorstand

Programm:

- 10.30 Uhr: **Angestellte Lehrkräfte in der GEW Bayern -
Einführung und Rückblick**
Ilona Deckwerth, für Tarifpolitik zuständiges
Mitglied im Landesvorstand
- 11.00 Uhr: **Die aktuelle Tarifsituation für angestellte
Lehrkräfte**
Referat Peter Jonas
- 12.30 Uhr: Mittagspause
- 13.30 Uhr: **Arbeitsgruppen** (Vorschläge)
■ Aktiv Tarifpolitik gestalten
Peter Jonas und Ilona Deckwerth
■ Staatlich angestellte Lehrkräfte
Hans Schuster, GEW-Landesrechtsschutzstelle
■ Privat angestellte Lehrkräfte N.N.
- 15.00 Uhr: **Plenum: Perspektiven für die Tarifrunde 2008**
■ Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse
- 16.00 Uhr: Ende

Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldung in der Landes-
geschäftsstelle der GEW: Tel. 0 89-54 40 81-0, Fax: 5 38 94 87
info@bayern.gew.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Stadtverband München

- die münchner bildungsgewerkschaft -



Mitgliederversammlung Mittwoch, 10.10.2007 19.00 Uhr Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

Eröffnung • Wahlen: Präsidium, Mandatsprüfungskommission, Wahlkommission, Landesdelegierte, Vorstandsmitglieder, RevisorInnen, Schiedskommission • Berichte: Vorstand, Schatzmeister, RevisorIn, Mandatsprüfungskommission • Aussprache • Anträge: (Antragsschluss: 23.09.07) Entlastung des Vorstandes • Sonstige Wahlen: Vorstand Schiedskommission, Revision • Referat • Diskussion • Verschiedenes • Ende: spätestens 22.00 Uhr

Referate:

Tarifrunde 2008 – Streik?

angefragt sind:

Harald Pürzel (Vorsitzender ver.di München)
Günther Mitteregger (stellv. Vors. GEW Bayern)

Themen könnten sein:

Deutliche Lohnerhöhung • Sockelbetrag gegen die Lohnspreizung • Verkürzung der Arbeitszeit, jedenfalls keine Verlängerung • Streichung § 18 TVöD, zumindest Einfrieren bei 1 % • Streichen der Entwicklungsstufe 1 • Streikkoordination ver.di, GEW, GdP, IG Bau ...

Wer sich bis 23.09.2005 anmeldet, bekommt vorhandene Anträge zugesandt.
Weitere Infos unter www.gew-muenchen.de

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Isabella Zang, ☎ 0 60 92/72 71

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr, Braunbierhaus gegenüber Stadtkirche Bayreuth, 19.00 Uhr Vorstand-Treff
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr, Arbeitslosenberatung: jd. 1. Mittw. 16-18 Uhr und jd. 3. Mittw. 18-20 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Manfred Lindner, ☎ 0 84 56/91 81 73

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/98 48 48, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatlich, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus,
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Brauhaus am Markt
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 52 76 85

www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de.

Im Oktober 2007 erhält den LesePeter das Jugendbuch

Karla Schneider: Marcolini oder wie man Günstling wird.
München • Hanser 2007 • 400 S. • geb. • 17,90 Euro • ab 13 Jahre

Am sächsischen Hof in Dresden Mitte des 18. Jahrhunderts. Erzählt wird von dem Jahr, in dem der junge Camillo Marcolini (15) – Silberpage – Gesellschafter des Kronprinzen (12) wird. Marcolini hat große Träume und ist mit dem neuen Posten unzufrieden, denn der junge Prinz gilt als beschränkt. Intrigen, Gemeinheit, Träume, Armut, verschwenderischer Reichtum und Freundschaft – das Hofleben ist vielfältig und Leserin und Leser sind mittendrin.